



## FOKUS DAMENWAHL?! GESCHLECHT UND WAHLEN

### **EDITORIAL**

Liebe Leser\_innen, wir freuen uns, Ihnen die vierte Ausgabe von Gender Matters! der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) präsentieren zu dürfen. Gender matters! berichtet über die Arbeit unserer Stiftung im Themenfeld Geschlechtergerechtigkeit im In- und Ausland.

Nach den Themen "Krise", "Arbeit" und "Pflege/Care" haben wir uns diesmal den Schwerpunkt "Wahlen" vorgenommen und den Fokus auf Fragen der politischen Partizipation und Repräsentation aus Geschlechterperspektive gerichtet.

Wählen und gewählt werden: Wahlen haben eine aktive und eine passive Seite. Auf der aktiven Seite gibt es in vielen Ländern, so auch in Deutschland, zwischen Männern und Frauen kaum noch Unterschiede: Die Wahlbeteiligung ist annähernd gleich. Schaut man sich jedoch die passive Seite an, "das Gewähltwerden", entsteht ein ganz anderes Bild.

## SEITE 07

## "Das wär ja nix für mich" – Wenn Frauen kandidieren

90 Prozent der deutschen Kommunen werden von Männern regiert. Warum ist das so? Und wie kann man das ändern?

## SFITF 11

## Quotierte Wahllisten und ihre Folgen

Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung? Also gehört ihnen auch die Hälfte der Plätze auf den Wahllisten. Das Prinzip Parité – in Deutschland und aller Welt

## SEITE 35

## Die Europawahl, Chance für Frauen?

Alles auf Anfang: kaum mehr Frauen im Europaparlament – aber dafür die AfD. Und die ist vor allem eins: extrem antifeministisch.

## SEITE 27

## Quotenfrau und stolz darauf!

Wo wenig Frauen auf Chefsesseln sitzen, ist es immer noch schwer, als Gleiche akzeptiert zu werden, sagt Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Familienministerium ...

## **SEITE 47**

## RÜCKBLICK

**Zurück in die Vergangenheit?** Viele haben sich in den letzten Jahren Sorgen gemacht, dass dem Feminismus in seiner Gleichsetzung mit Gender das Politische abhandengekommen sei ...

**Ein anderer Blick auf Wirtschaft, Arbeit und Soziales** Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für Männer und Frauen funktioniert nur mit partnerschaftlicher Familienarbeit zuhause ...

Wie können Konventionen und Gesetze helfen, Gewalt an Frauen einzudämmen? Im März dieses Jahres veröffentliche die Europäische Agentur für Grundrechte eine Untersuchung, die verstörte: Eine von drei Frauen, die für die Studie befragt wurden, ...

**Für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Mediensektor in Asien-Pazifik** Im kommenden Jahr jährt sich die Verabschiedung der "Bejing Platform of Action", ...

**Elfenbeinturm mit gläserner Decke?!** Theoretisch kann jede Person mit Abitur studieren. Theoretisch kann auch jede Person mit Hochschulabschluss, ...

**Das neue "Normal"** Wie wollen wir leben? Wofür möchten wir Zeit? Und wie viel Arbeit ist "normal"? Zeitpolitik ist das neue Thema, das die Massen bewegt ...

## SEITE 55

## **PUBLIKATIONEN**

**SEITE 85** 

## **WIR MACHEN GENDER!**

Das Referat Asien und Pazifik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Genderbezogene Promotionsprojekte mit Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

SEITE 93

## **IMPRESSUM**

**SEITE 108** 

## **FOKUS**

- Editorial
- "Das wär ja nix für mich" Wenn Frauen kandidieren
- Die Europawahl, Chance für Frauen?
- Quotierte Wahllisten und ihre Folgen
- Quotenfrau und stolz darauf!

## **Editorial**

Liebe Leser innen,

wir freuen uns, Ihnen die vierte Ausgabe von Gender Matters! der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) präsentieren zu dürfen. Gender matters! berichtet über die Arbeit unserer Stiftung im Themenfeld Geschlechtergerechtigkeit im In- und Ausland.

Nach den Themen "Krise", "Arbeit" und "Pflege/Care" haben wir uns diesmal den Schwerpunkt "Wahlen" vorgenommen und den Fokus auf Fragen der politischen Partizipation und Repräsentation aus Geschlechterperspektive gerichtet.

Wählen und gewählt werden: Wahlen haben eine aktive und eine passive Seite. Auf der aktiven Seite gibt es in vielen Ländern, so auch in Deutschland, zwischen Männern und Frauen kaum noch Unterschiede: Die Wahlbeteiligung ist annähernd gleich. Schaut man sich jedoch die passive Seite an, "das Gewähltwerden", entsteht ein ganz anderes Bild.

In Parlamenten und Räten sind Frauen immer noch nicht annähernd paritätisch vertreten. Am deutlichsten wird dies auf der kommunalen Ebene: Hierzulande werden gerade mal zehn Prozent der Kommunen von einer Landrätin und fünf Prozent von einer (Ober-)Bürgermeisterin geleitet, in den kommunalen Parlamenten sitzen durchschnittlich nicht mehr als 25 Prozent Frauen. Rund 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist dies ein mageres Ergebnis.

Mit der Frage, warum es so wenige Frauen auf kommunaler Ebene gibt, befasst sich in dieser Ausgabe ausführlich der Beitrag "Das wär ja nix für mich. Wenn Frauen kandidieren". Auf der europäischen Ebene gab es mit den Wahlen 2013 einen Anstieg des Frauenanteils um gerade mal 1,25 Prozent – so sind nun 37 Prozent der Mitglieder des Europäischen Parlaments weiblich. Geht es in diesem Tempo weiter, dauert es noch weitere 52 Jahre, bis eine Parität im Parlament erreicht ist. Vor allem die konservativen und rechten Parteien hinken auf europäischer Ebene hinterher, wie der Artikel "Die Europawahl, Chance für Frauen?" zeigt. Auf Länderebene variiert der Frauenanteil zwischen rund 18 Prozent in Baden-Württemberg und über 40 Prozent in Rheinland-Pfalz, Bremen und Brandenburg. Zusammenfassend lässt sich feststellen: Frauen sind (auch) in Deutschland bis heute auf allen Ebenen der Politik unterrepräsentiert.

8 FOKUS Editorial 9

So führt kein Weg an der (von vielen ungeliebten) Quote vorbei. Sie ist, das zeigt auch der dritte Fokus-Artikel dieses Infobriefs, "Quotierte Wahllisten und ihre Folgen", schlicht das effektivste Instrument, um mehr Frauen in politische Verantwortung zu bringen und so ihren Anteil in der Bevölkerung angemessen widerzuspiegeln. Jedoch reichen Quoten allein nicht aus. Es braucht einen Kulturwandel in Parteien und Parlamenten, der durch Maßnahmen wie mehr Transparenz bei Nominierungsprozessen, Quoten für die Besetzung von Ausschüssen, strengeres Zeitmanagement von Sitzungen, Kinderbetreuung während der Sitzungszeiten, Elternzeit für Mandatsträger\_innen und vieles mehr in Gang gebracht wird.

"Ungleichheiten müssen abgebaut werden. Das ist eine Verpflichtung der Parteien", konstatiert Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Interview.

Und am Ende zahlen sich die Bemühungen der Parteien aus, denn die Mitte ist weiblich: Wenn die Volksparteien mehrheitlich von Frauen gewählt werden (wie die CDU vor 1969 und die SPD von 1972 bis 2009), haben sie eine gute Chance auf regierungsfähige Mehrheiten. Die Mehrheit der Konservativen seit 2009 basiert auch auf der Mehrheit der Stimmen von Frauen. Die progressiven Parteien hatten sich die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen gesellschaftlichen Bereichen schon früh auf die Fahnen geschrieben; sie waren und sind in vielerlei Hinsicht Vorreiterinnen beim Thema Geschlechtergerechtigkeit – für sie gilt es, diese Wählerinnen zurückzugewinnen.

Mehr Frauen in Verantwortung und in Funktionen – sowie eine klare Positionierung im Interesse von Frauen und gleichberechtigungsorientierten Männern – erhöhen die Attraktivität von Parteien eindeutig. So liegt die dezidierte Öffnung für Frauen und ihre Anliegen im wohlverstandenen Eigeninteresse der Parteien.

Jenseits des Schwerpunktthemas finden Sie weitere Informationen unter den schon bekannten Rubriken. Im RÜCKBLICK berichten wir über diverse Aktivitäten der FES im Bereich der Gleichstellungspolitik im nationalen und internationalen Kontext. Neue PUBLIKATIONEN zum Thema sind in der entsprechenden Rubrik aufgeführt. Unter WIR MACHEN GENDER stellt sich diesmal das Referat Asien und Pazifik der FES mit seiner geschlechterpolitischen Arbeit vor. Hier finden Sie zudem die aktuellen Promotionsprojekte mit einem geschlechterpolitischen Fokus, die von der FES gefördert werden, und die Vorstellung eines dieser Projekte im Interview mit der Doktorandin Eva Schäffler

Für die Genderkoordinierung der Friedrich-Ebert-Stiftung war Susan Javad, Referentin im Forum Politik und Gesellschaft, mit der Koordination und Redaktion dieser Ausgabe betraut. Ihr und allen Beitragenden gebührt Dank für die konstruktive Zusammenarbeit!

Alle Ausgaben von Gender Matters! sind als E-Book (und als pdf) unter www.fes.de/gender/infobrief auf Deutsch und Englisch kostenlos erhältlich. Anregungen, Meinungen und Kritik nehmen wir gern unter fes.genderkoordinierung@fes.de entgegen.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser Ausgabe interessante Informationen, Ansätze und Anknüpfungspunkte für die gemeinsame Arbeit an einer geschlechtergerechten Gesellschaft zu bieten, und wünschen eine anregende Lektüre!

### **Bettina Luise Rürup**

Leiterin des Referats Forum Politik und Gesellschaft und Zentrale Aufgabe Genderkoordinierung in der Friedrich-Ebert-Stiftung 10 FOKUS 11



Da will ich rein! Noch immer sind viel zu wenige Frauen in politischer Verantwortung.

Die kommunale Ebene steht besonders schlecht da – Foto: Plainpicture

## "Das wär ja nix für mich" – Wenn Frauen kandidieren

90 Prozent der deutschen Kommunen werden von Männern regiert. Warum ist das so? Und wie kann man das ändern?

"Das wär' ja nix für mich." Das hat Christine Arbogast oft gehört. Die 48-jährige SPD-Politikerin ist Erste Bürgermeisterin von Tübingen, Stellvertreterin des Oberbürgermeisters Boris Palmer von den Grünen. Und als sie kandidierte, schüttelten viele Frauen die Köpfe. Nein, diese Belastung. Und das mit einem neunjährigen Kind. Und was sagt denn Ihr Mann dazu? Und können Sie sich denn gegen die zwei anderen Bürgermeister, gestandene Mannsbilder, durchsetzen?

"Ich weiß gar nicht, was die Leute da hören wollen", sagt Arbogast mit leiser Ironie. "Nein, ich kann mich nicht durchsetzen." – "Oh Gott, stimmt, ich habe ja Mann und Kind, hab' ich ganz vergessen'?" Natürlich hatte sie diese Fragen im Vorfeld so weit wie möglich geklärt. Aber sie sagt nun auch: "Der Zeitaufwand ist heftiger als ich dachte."

Frauen in kommunalen Spitzenämtern sind selten. Nicht mal jede\_r zehnte (Ober-)Bürgermeister\_in in Deutschland ist weiblich. Und auch in den kommunalen Räten betrug der Frauenanteil im Jahr 2010 lediglich ein Viertel. Tendenz: stagnierend.

Quotierte Kabinette, Kanzlerin, Ministerinnen: In der Spitzenpolitik hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Aber auf den unteren Ebenen und besonders in der Kommunalpolitik sieht man, wie fern vielen Frauen die öffentliche Verantwortung offenbar immer noch ist. Man sollte nicht vergessen: In Deutschland galt für Frauen 60 Jahre lang ein Politikverbot, bis 1908. Sie durften sich nicht in Vereinen und Parteien organisieren – und das in einer Zeit, als sich demokratische Parteien entwickelten. Diese wurden also erst einmal Männerclubs, und sie sind bis heute männerdominiert.

## Was haben Frauen in der Politik zu suchen?

Dass Frauen in der Demokratie ebenso präsent sein sollen wie Männer, wird noch immer infrage gestellt: Die Männer könnten doch die Frauen prima mitrepräsentieren, heißt es dann. Es gebe ja auch keine Handwerkerquote. Dahinter steckt die alte Schumpetersche Elitentheorie: Das Volk wählt sich die Vertreter, die es will – eine Elite. Wenn es sie nicht mehr will, kann es sie abwählen. Würde es Frauen wollen, würde es sie wählen. Klingt logisch, lässt aber den langen Weg der Frau zur politischen Kandidatur außer Acht. Es gibt keine andere Bevölkerungsgruppe, der über so

viele Jahre kollektiv die Politikfähigkeit abgesprochen wurde – ja, sogar die Fähigkeit zur Berufstätigkeit mitsamt höheren Bildungsabschlüssen: alles Voraussetzungen, um in der Politik erfolgreich zu sein. Und da Frauen lange einen "so anderen" Lebensbereich repräsentierten, ist es natürlich doppelt interessant, was sie zu sagen hätten, wenn sie etwas zu sagen hätten.

Die Frauenbewegung hat den politischen Mainstream gründlich durcheinandergewirbelt. "Das Private ist politisch!", hieß es in den Siebzigern – eine ungeheure Erweiterung des bisherigen Politikbegriffs. Plötzlich waren Frauen die Fachleute für das politische Private. Das Private wurde öffentlich. Frauen wurden sichtbar. Und doch sind nur wenige in der Kommunalpolitik angekommen. Eine Erklärung dafür ist, dass die erweiterte Form von Politik eben nicht unbedingt in Parteien oder Parlamenten stattfinden muss. Wenn das Private politisch ist, ist das Politische auch privat: Politik findet im eigenen Haus statt. Diskussionen mit dem (Ehe-)Mann, sogar die um den Abwasch, können eminent politisch sein. Oder in der Frauengruppe. Oder bei der Bürgerinitiative, die für eine Ganztagsschule kämpft. Oder oder oder. Aber in die – inzwischen rauchfreien – Hinterzimmer? So richtig Politik machen? Warum tun das so viel weniger Frauen?

## Beispiel Baden-Württemberg: Die ollen Rollen

Die Sozialwissenschaftlerin Sara Schlote vom Wissenschaftszentrum Berlin hat 2012/2013 im Auftrag der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion die Lage im "Ländle" erforscht, dem Bundesland mit den deutschlandweit wenigsten Kommunalpolitikerinnen. Landesweit bleiben die Werte unter 20 Prozent. (Ober-)Bürgermeisterinnen sind mit knapp über vier Prozent noch seltener anzutreffen. Dabei haben drei Viertel aller Bürgermeister\_innen in Baden-Württemberg einen Abschluss in Verwaltungswissenschaften, einem Fach, bei dem Frauen 70 Prozent der Absolvent\_innen stellen. Zahlenmäßig müssten sie also im Vorteil sein. In der Realität schlägt sich das aber nicht nieder.

Schlote hat sich angesehen, welche Ausgangslage günstig für Politikerinnen ist. Sie stellte fest, dass in Gegenden, in denen die üblichen Indikatoren für Chancengleichheit hoch sind, auch mehr Politikerinnen zu finden sind. Parteien mit quotierten Listen nach dem Reißverschlussprinzip haben selbstverständlich mehr Politikerinnen aufzubieten als solche ohne. Das heißt zugleich, dass diese Mittel wirken. Christine Arbogast ist ein Beispiel



Christine Arbogast, Erste Bürgermeisterin in Tübingen – Foto: Bernd Eidenmüller

14 FOKUS

dafür. "Es war klar, dass Tübingen neben zwei Männern im Bürgermeisteramt nun eine Frau sucht." Sie hat sich gegen einen Mann und drei Mitbewerberinnen durchgesetzt.

In Gegenden, in denen es viele Frauen gibt, die hoch gebildet sind, im Beruf stehen, sich in der zweiten Lebenshälfte befinden und Kinder haben, die "aus dem Gröbsten raus" sind, gibt es mehr Kommunalpolitikerinnen. Denn das alles sind typische Attribute für Politikerinnen auf der kommunalen Ebene; deshalb finden sich beispielsweise in Städten mehr Politikerinnen als auf dem Land. Auf Arbogast trifft das teilweise zu: Ihre beiden älteren Kinder sind erwachsen, die Jüngste noch nicht. Arbogast ist Akademikerin und hat lange die Kommunalakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg geleitet. Sie ist also wirklich vom Fach.

Weil in Baden-Württemberg die einzelnen Kandidat\_innen unabhängig von ihrem Listenplatz gewählt werden können – nach dem Prinzip des "Kumulierens und Panaschierens" –, hängt der Anteil der Frauen in den Räten auch sehr stark von den Einschätzungen der Wählenden ab. Und da kommt das Bild des Politikers als kompetentem Macher in der Öffentlichkeit ins Spiel. Frauen haben im Berufsleben erheblich weniger Leitungsfunktionen inne – diese gelten aber als Qualifikation für einen guten Kommunalpolitiker bzw. eine gute Kommunalpolitikerin.

Dennoch haben Studien nicht eindeutig zeigen können, dass Frauen grundsätzlich geringere Wahlchancen haben als Männer. Wohl werden

ihnen andere Kompetenzen zugesprochen, etwa bei den klassischen "Frauenthemen" wie Jugend- und Sozialpolitik, doch trägt das nicht dazu bei, dass sie seltener gewählt werden. Auch dafür ist Arbogast ein Beispiel: Neben dem Baubürgermeister ist sie als Frau zuständig für Soziales und Bildung. Allerdings sagt sie zu Recht: "Das sind Zukunftsthemen, die werden immer wichtiger!"

Die alten Rollenbilder wirken auch dort nach, wo sie eigentlich längst abgebaut sein sollten, nämlich bei den Frauen selbst. Frauen schätzen ihre politische Kompetenz erheblich schlechter ein als Männer – selbst wenn sie ähnlich gebildet sind. Das hat Politikwissenschaftlerin Bettina Westle herausgefunden, die eine repräsentative Erhebung über die Einstellungen der Geschlechter zur politischen Teilhabe auswertete. Westle führt dies darauf zurück, dass Frauen ganz realistisch sehen, dass sie in der Politik nach wie vor als "Fremde" wahrgenommen werden und es für sie erheblich schwieriger ist, sich im politischen Feld durchzusetzen. Auch das hat Arbogast am eigenen Leib gespürt: Ob sie sich denn durchsetzen könne in der harten Politik, wurde sie ein ums andere Mal gefragt.

## Drei Ursachenkomplexe: Institutionen – Kultur – Gesellschaft

Uta Kletzing und Helga Lukoschat kamen in ihrer Untersuchung "Engagiert vor Ort: Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen" im Jahr 2010 zu ähnlichen Befunden wie Schlote. Sie fragten sowohl nach den Faktoren, die die Tätigkeit der Kommunalpolitikerinnen begünstigen, als auch nach den typischen Hindernissen. Dabei tauchten Hürden in drei Bereichen auf, die miteinander verknüpft sind.

Zunächst geht es um die Rahmenbedingungen, also die Frage, wen die Institutionen eher befördern – wenn etwa Männer bevorzugt in sicheren Wahlkreisen aufgestellt oder Quotenregelungen anderweitig unterlaufen werden. Dies wiederum ist bedingt durch eine weiterhin dominante politische Kultur, in der man Männern mehr politische Kompetenz zutraut – das geht bis zu konkreten Diskriminierungen von Frauen. Und schließlich gibt es die sozioökonomische Ebene: Welche Frauen können unter welchen Umständen Politik machen? Sind sie allein für Haus und Kinder zuständig oder teilen sie sich diese Verantwortung? Können sie abends und am Wochenende an zeitlich oft ausufernden politischen Debatten im Ortsverein ihrer Partei oder in der Bürgerinitiative teilnehmen?



Über ihr Engagement in der Kita oder Schule kommen viele Frauen in die Politik -Foto: Plainpicture

### Einwanderinnen: Wie kommt Frau in die Institution?

Kommunalpolitikerinnen kommen – fern der "klassischen" Politik, wo Frauen häufig sind – oft über andere Formen des Engagements unabhängig von Parteien in die Politik. Sie wurden früh politisiert, meist in ihrem Elternhaus. 86 Prozent waren vorher anderweitig engagiert. Sehr viele Mütter geraten über die Kita- oder Schulpolitik ins Parlament. Sie haben vielleicht versucht, eine Ganztagsschule zu etablieren, und gesehen, dass sie eher ans Ziel kommen, wenn sie mehr Einfluss und damit Macht haben.

Die meisten, nämlich zwei Drittel, wurden angesprochen und geworben; sie selbst hatten das politische Amt eher nicht auf dem Zettel. Christine Arbogast ist so ein Fall: Sie war gerade erst Leiterin des Amts für Bildung, Soziales und Familie in Nürtingen geworden, fand die Kandidatur zu früh und musste ein halbes Jahr lang überlegen. Aber dann hat sie es getan. "Den Ausschlag gab die Frage, wie oft eine solche Chance wohl noch wiederkommt", meint sie.

Geworben werden sie, weil sie bereits bekannt sind. "Es zählt, was man erreicht hat", fasst eine Interviewte in der Lukoschat-Studie es zusammen: "Die bringt Wählerstimmen, die nehmen wir." Geht es um die Führungsebene, also etwa Bürgermeisterinnen oder Landrätinnen, dann hoffen die Unterstützer\_innen oft, dass eine Frau "frischen Wind" bringt, weil der Amtsvorgänger verschlissen ist oder sich kein Mann für den Posten findet.

Das bestätigt auch die Untersuchung von Anja Dietze. Sie hat ihre Dissertation über Frauen in der Kommunalpolitik geschrieben. In ihrer Doktorarbeit fand sie heraus, dass Frauen es mittlerweile etwas leichter haben als früher. "Was hat die denn an? Schafft die das auch?" Diese Fragen seien in den Hintergrund getreten. Insbesondere die Tatsache, dass die Verwaltungen sich seit einigen Jahren den Bürger\_innen gegenüber offener zeigen wollen, hat Frauen in die Hände gespielt, so Dietze. "Mit den normalen Menschen diskutieren statt in Hinterzimmern kungeln, das können Frauen oft besser" – so sei jedenfalls die Wahrnehmung.

In der politischen Arbeit stoßen Frauen trotz allem auf etablierte Männernetzwerke und Gruppenstrukturen, in denen Männer den Ton angeben. Hier werden sie häufig erst mal als "Fremde" wahrgenommen, die sich beweisen müssen. Sie treffen auf Menschen, die es gewohnt sind, dass "Männer die Macht und Frauen die Arbeit" haben.

## Malestream: Die politische Kultur

57 Prozent der von Lukoschat und Kletzing befragten Politikerinnen gaben an, dass ihnen die vorgefundene politische Kultur nicht gefalle. Drei Viertel der weiblichen Befragten meinten, dass Frauen die männerdominierten Strukturen in der Politik scheuen würden. Polemiken, aggressiver Ton, Grabenkämpfe, Endlosreden und -debatten von älteren Männern, die alle Zeit der Welt haben, wurden beklagt.

Christine Arbogast versucht, pragmatisch mit diesen Gegebenheiten umzugehen. "Nachts arbeite ich nicht", hat sie ihren Kollegen gleich anfangs zu verstehen gegeben. Und auch sonst übt sie sich darin, Prioritäten zu setzen: Man muss nicht jeden Termin persönlich wahrnehmen. Einfach ist das nicht. "Die Erwartungshaltung ist immens", seufzt Arbogast.

Tief in der Kultur verwurzelt scheint auch die Scheu vor dem öffentlichen Auftritt. "Reden halten kann ich nicht gut", ist einer der häufigsten Sätze, den die Interviewer\_innen von Lukoschat und Kletzing hörten. Die Autorinnen sehen den Grund auch darin, dass der öffentliche Auftritt nicht dem traditionellen Verhaltensrepertoire der Frauen entspricht. Jede muss da etwas neu erfinden. Aber oft ist auch die Selbstwahrnehmung verzerrt, gibt Vinzenz Huzel, Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg, zu bedenken. "Die Frauen unterschätzen sich. Sie sind viel



Ohne Publikum kein Problem. Mit Publikum aber scheuen viele Frauen den "großen Auftritt". Dabei unterschätzen sie ihr eigenes Können meist deutlich -Foto: Plainpicture

besser als sie denken. Man muss ihnen vor Augen führen, was sie können." Auch mit der typischen Verwaltungshierarchie fremdeln Frauen öfter, während Männer sich sofort einsortieren, meint Huzel.

Und schließlich gibt es noch die konkreten Diskriminierungserfahrungen. Lukoschat und Kletzing haben sie abgefragt: Da wird am Äußeren herumgemäkelt, Begriffsstutzigkeit unterstellt, generell abgewertet, was Politikerinnen wollen, ihre Expertise nicht ernst genommen. Daher resultiert schließlich das Gefühl, als Frau immer etwas besser sein zu müssen als die Männer. Die Politikerinnen versuchen, das Beste daraus zu machen, und das heißt: bagatellisieren. "Nicht so ernst nehmen", "nicht kirre machen lassen", "ignorieren". Die Autorinnen weisen darauf hin, dass sich in diesen Strategien eine große Hilflosigkeit ausdrückt: Offenbar sehen die Frauen keinen Sinn darin, solche Verhaltensweisen zu problematisieren – aus Angst, dann wieder diskriminiert zu werden.

Christine Arbogast hat in Tübingen mit der Omnipräsenz ihrer Kollegen zu kämpfen. Der grüne OB Boris Palmer, gerade frisch wiedergewählt, ist in ganz Deutschland bekannt und auf Facebook und Twitter dauerpräsent. Der Baubürgermeister ist ein altes Tübinger Gewächs. Und sie? War gerade noch dabei, sich einzuarbeiten, da stand in der Zeitung schon die erste Kolumne: "Arbogast ist abgetaucht. Sie ist der Fülle der Aufgaben wohl nicht gewachsen". "Ich sehe mich eben nicht so als Selbstdarstellerin", erklärt sie, "die Leute wissen einen bescheideneren Stil auch zu schätzen." Oder? Sie muss selbst lachen, als sie das sagt, denn "in meinem früheren Job in der Kommunalakademie habe ich den Frauen natürlich immer gepredigt, dass Klappern zum Handwerk gehört."

## Gelegenheiten: Die sozioökonomischen Bedingungen

Auch die Wähler\_innen haben diese Rollenbilder zum Teil tief verinnerlicht – und spiegeln sie als Vorurteile an die Politikerinnen zurück. Das hat Anja Dietze bitter erfahren. Beflügelt von den Ergebnissen ihrer Dissertation und nach langjähriger Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister der Stadt Esslingen, wagte sie selbst den Sprung: Sie bewarb sich um den Bürgermeisterposten in Herrenberg bei Stuttgart. Ausgerechnet in einer konservativen Gegend, zusammengelegt aus vielen Dörfern. Doch "es gab eine Wechselstimmung"; der alte Bürgermeister, schon viel zu lange im Amt, hatte ein Gefühl des Stillstands entstehen lassen, man wollte frischen Wind

Aber so frisch? Dietze hatte eine Sache nicht berücksichtigt: Die für ihre Doktorarbeit befragten Politikerinnen hatten keine kleinen Kinder – sie waren davon ausgegangen, dass eine politische Karriere mit Kleinkindern ohnehin nicht gehe. Nun, die Welt hatte sich weitergedreht und Anja Dietze, mit einer Zwei- und einem Dreijährigen, hatte mit ihrem Mann, einem Informatiker, verabredet, dass er – im Falle ihrer Wahl – zunächst zu Hause bleiben und später von dort aus freiberuflich arbeiten würde. Aber diese Rechnung hatte sie ohne die schwäbischen Hausfrauen der Gemeinde gemacht. Die tauchten nämlich scharenweise in ihren Wahlveranstaltungen auf und fragten Dietze ungläubig, wie sie das denn ihren Kindern antun könne!? Das ginge ja gar nicht, das werde sie ganz schnell merken. Und als Dietze ihren Mann erwähnte, der sich um die Kinder kümmern wolle, hieß es: "Wie kann man denn das von einem Mann verlangen? Der wird doch kreuzunglücklich. Was muten Sie dem zu?"

"Ich fühlte mich wie im Mittelalter", sagt Dietze. "Diese Frauen hatten selbst ihren Beruf für die Familie aufgegeben und waren offenbar nicht sehr zufrieden damit. Ich war für die eine wandelnde Provokation. Es war der blanke Neid: Bei der soll jetzt einfach alles gehen?" Dietze verlor die Wahl. Und schnitt besonders schlecht in den Wahlkreisen mit vielen jungen Familien ab. Mit Leuten also in ihrem Alter und ähnlichen Familienkonstellationen. doch mit überwiegend traditioneller Rollenverteilung "In den Altersheimen dagegen war ich Siegerin", lacht sie. "Die Frauen da mussten nämlich früher ganz selbstverständlich arbeiten, die sahen darin gar kein Problem!"

## Handlungsempfehlungen!

Was tun? Empfehlungen gingen lange Zeit in zwei unterschiedliche Richtungen. Der Mainstream in der Wissenschaft ging davon aus, dass Frauen als Newcomerinnen in der Politik erst einmal gehörig zu lernen hätten, wie Politik funktioniert. Mentoringprogramme und Qualifizierungen waren die Empfehlungen. Die feministische Wissenschaft dagegen betonte, dass Frauen anders agieren und einen anderen Blick haben und die Institutionen sich darauf einstellen müssten. Quoten für Frauen seien daher angesagt und würden so langfristig auch zur Transformation der politischen Kultur beitragen.

Heute haben sich die beiden Positionen pragmatisch angenähert und ergänzen sich: Man sieht, dass Frauen es in den Institutionen schwer haben, und antwortet mit Mentoring und Fortbildungen, aber auch mit der Frage, wie Institutionen sich ändern müssen, damit moderne Menschen in ihnen gute Politik machen können. Das heißt, es darf nicht mehr von Männern ausgegangen werden, die alle Zeit der Welt haben. Nein, auch sie haben Verantwortung für andere Lebensbereiche wie die Familie. Schnellere und effektivere Verfahren statt endloser Sitzungen sind deshalb gefragt, außerdem eine zielorientierte Diskussionskultur, in der Profilierung stärker über Inhalte und weniger über Hahnenkämpfe funktioniert. Davon profitieren Männer wie Frauen. "Die Frage ist im Kern also keine nach frauenfreundlicheren partei- und kommunalpolitischen Strukturen, sondern nach zukunftsfähigen", fassen Lukoschat und Kletzing zusammen.

In der Praxis ist das so noch nicht angekommen, meint Vinzenz Huzel. "Aber auffällig ist, dass auch die Männer nicht mehr in den alten Strukturen weitermachen wollen." Nur die Konsequenzen daraus mag noch keiner ziehen. Christine Arbogast weiß auch, warum: "Je präsenter, desto besser", hat sie erfahren. Und Präsenz frisst einfach Unmengen an Zeit. Der Verein hier, die Eröffnung dort, und dann diese Idee, die besprochen werden muss. Wenn die Bürgermeisterin da abblockt, wird ihr das schnell als Abtauchen und Überforderung ausgelegt.



Da bleiben dann schnell Stühle leer... Endlose Sitzungen, Selbstprofilierung zulasten des Inhaltlichen – nur zwei der Gründe, warum Frauen vor dem Schritt in die Politik zurückschrecken. Aber auch immer mehr Männern geht es so – Foto: picture alliance

Will man den Frauenanteil in der Kommunalpolitik erhöhen, ist ein Mix an Maßnahmen am besten geeignet, sagt die Forschung. Zum einen sollten Frauen gezielt angesprochen werden. Kommunen haben gute Erfahrungen mit "Politikmessen" gemacht, bei denen Menschen sich konkret über die politische Arbeit informieren können. Frühstücke, Stammtische, Wanderungen, Speed-Dating mit Kommunalpolitikerinnen, lokale Frauengeschichte – es gibt eine Menge Anknüpfungspunkte. Man muss nur wollen. Die Gesprächs- und Netzwerkreihe "Rote Frauen, schwarzer Kaffee" der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Baden-Württemberg fällt beispielsweise in diese Kategorie.

Auch in Berlin bietet die FES mit dem Workshop "Listen to me" ein Format für Frauen an, in dem die Teilnehmerinnen ihre kommunikativen und rhetorischen Fähigkeiten weiterentwickeln können und sich intensiv mit Geschlechterstereotypen, Macht und Hierarchien in der Kommunikation auseinandersetzen. Der Bedarf ist offensichtlich enorm: Die Angebote sind immer in Nullkommanichts ausgebucht.

Ein anderer Ansatzpunkt, um Frauen an Parteien heranzuführen, ist die Öffnung der Wahllisten für Nichtmitglieder. Damit wäre die Auswahl an kompetenten Kandidatinnen – denn auch in den Parteien sind die weiblichen Mitglieder weniger stark vertreten – um ein Vielfaches größer.

Kann eine Partei sich zu echten Quoten und sogar zu einer Reißverschlussbesetzung der Listen, Männer und Frauen abwechselnd, durchringen, ist der Lohn garantiert: mehr Frauen im Parlament. Auch erleichtert projektbezogenes Arbeiten vielen Menschen, die nicht jahrelang drei Abende pro Woche vier Stunden in Gremien verbringen wollen oder können, die Mitarbeit. Die Parteien könnten sich zudem dafür interessieren, wie die Kinder in dieser Zeit betreut werden, etwa durch die Organisation von Kinderbetreuung. Oder – noch besser – statt Sitzungsterminen in der Woche abends, veranstaltet man einen Wochenendbrunch, bei dem die Familie einfach mitgebracht werden kann.

Auch Mentoringprogramme, Möglichkeiten zum Knüpfen nützlicher Netzwerke und gezielte Fortbildungen wünschen sich viele Frauen, die sich politisch engagieren möchten. Dass solche Angebote von dieser Zielgruppe sehr gut angenommen werden, bestätigt die Erfahrung der FES. Seien es überfüllte Rhetorikkurse oder Trainingsseminare, wie sie etwa die Stiftung in Baden-Württemberg anbietet: Vor den Kommunalwahlen wurde hier nicht nur der angebotene "Grundkurs Kommunalpolitik" streng nach Geschlecht guotiert. In speziellen Trainings wurden Auftritt, Stimme und Rhetorik der Teilnehmenden erprobt und weiterentwickelt. Mit Erfolg: Die Hälfte der Teilnehmerinnen kandidierte dann tatsächlich bei den Kommunalwahlen 2014 und fast jede zweite Kandidatin zog auch in den Gemeinderat ein.

Ansprechpartnerin für Gender im Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung Baden-Württemberg in Stuttgart: DR. SABINE FANDRYCH, Büroleiterin <Sabine.Fandrych@fes.de>

Ansprechpartnerinnen im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>

## Armut, Kinder, Arbeitskampf – Der Weg einer Gewerkschafterin in die Politik: Ana Isabel Fuentes Mercado, 47 Jahre, Gewerkschafterin in Bolivien



Geboren in der Minenarbeitersiedlung Siglo XX in Llallaqua in Bolivien, kennt Isabel die Arbeitswelt in all ihren Facetten: Mit neun Jahren arbeitete sie nach der Schule als Hausangestellte bei ihrer Lehrerin, mit zehn half sie in einem Schuhgeschäft, mit 14 holte ihre Tante sie nach La Paz. um dort Brot zu verkaufen. Ihr stetes Bemühen, die Schule weiterzuführen.

wurde endgültig durch Schwangerschaft und Heirat beendet – Jahre der informellen Ausbeutung im Familienbetrieb ihres Mannes folgten. Heute ist Ana Isabel Fuentes Mercado geschieden, mit zwei erwachsenen Kindern, und lebt als Textilarbeiterin von 150 Euro im Monat – seit 2010 ist sie Gewerkschafterin

Als führendes Mitglied der Fabrikarbeiter\_innengewerkschaft kandidierte sie bei den Wahlen im Oktober auf einem aussichtsreichen Platz für die regierende Partei, den Movimiento al Socialismo (MAS), verpasste allerdings den Einzug in das Parlament ganz knapp. Dennoch: für Isabel eine wichtige Entscheidung und ein weiterer Schritt im Einsatz für menschenwürdige Arbeit für Frauen und Männer.

FES: Isabel, wie kam es zu der Entscheidung, als Abgeordnete zu kandidieren?

Ana Isabel Fuentes Mercado: In einer Vollversammlung der Fabrikarbeitergewerkschaft ging es darum, Kandidat\_innen für die Listenplätze zu benennen, und es wurde beschlossen, eine Frau zu benennen. Da haben die compañeros mich vorgeschlagen. Sie kennen mich als Kämpferin, als eine, die sie immer unterstützt und angeführt hat. Ich war total überrascht, nervös und habe erstmal zu allem geschwiegen. Erst danach habe ich überlegt: Was ist der nächste Schritt? Was sind meine Vorschläge, die ich einbringen will?

FES: Wie sieht deine politische Agenda aus? Welche Ideen möchtest du umsetzen?

Ana Isabel Fuentes Mercado: Wir brauchen Gleichheit von Frauen und Männern. Wir müssen Frauen stärken, damit sie ihre Rechte kennen, damit sie trotz ihrer Verantwortung für Kinder und Familie politische Posten übernehmen können. Wir brauchen Kindergärten. Mobbing und sonstige Belästigungen am Arbeitsplatz müssen bekämpft werden. Wir brauchen mehr Fabriken, mehr Produktion, damit die Menschen würdige Arbeit haben. Dazu gehört auch die Nationalisierung der Kooperativen, die den Großteil der Mineralien ausbeuten, ohne Steuern zu zahlen und ohne gute Arbeitsplätze zu schaffen. Warum werden Unternehmen nationalisiert, aber nicht Kooperativen? Ich komme aus einer bescheidenen Familie, so will ich auch bleiben. Ich will etwas für die compañeros verbessern, will das, was ich habe, mit ihnen teilen, von ganzem Herzen.

FES: Was war die größte Herausforderung für deinen Wahlkampf?

Ana Isabel Fuentes Mercado: Die compañeros sagten mir, dass ich Plakate, Aufkleber, T-Shirts, Transparente und solche Dinge für den Wahlkampf brauche. Aber ich lebe nur vom Mindestlohn und muss damit noch die Ausbildung meiner Kinder unterstützen – ich habe kein Geld, um den Wahlkampf zu finanzieren. Wenn sie wollen, dass ich kandidiere, müssten sie mich doch eigentlich unterstützen, oder? Das Problem hat sich bis zum Ende nicht gelöst. Generell ist es nicht leicht, sich zu engagieren und eine Familie zu haben – manchmal kommt man sich wie ein Gast im eigenen Haus vor, weil man so selten da ist.

FES: Wo fandest du während des Wahlkampfes Unterstützung für deine politischen Ideen?

Ana Isabel Fuentes Mercado: Viele compañeras aus verschiedenen Gewerkschaften unterstützen mich und meine Ideen. Sie bitten mich, dass ich mich einsetze – und dass ich den Kontakt zur Basis halte. Auch Männer tun das. Aber ich sehe auch Allianzen mit den anderen Sektoren, dem MAS, den Barolina Sisa (der indigenen Frauenorganisation), auch sie sind Kämpferinnen, genauso wie die Hausangestellten, die Universitätsangestellten, die Jugendorganisationen. Auf meiner Liste waren 50 Prozent Frauen – mit denen muss man sich verbünden, um sich gegenseitig zu informieren, fortzubilden, die Forderungen vorwärtszutreiben. Nur mit dieser Einheit können wir etwas erreichen.

FES: Wie würdest du das Verhältnis von Männern und Frauen in deinem politischen Umfeld beschreiben?

Ana Isabel Fuentes Mercado: In der Fabrikgewerkschaft gibt es auf nationaler Ebene eine einzige Frau, auf regionaler Ebene sind wir in La Paz zehn. Viele Verbände haben nur eine oder gar keine Frau im Vorstand. Wir Frauen sind nicht daran gewöhnt, uns weiterzubilden und uns einzumischen. Deshalb nehmen die Männer uns auch nicht wahr und berücksichtigen unsere Belange nicht. Frauen können verantwortungsvolle Posten ausführen – wir müssen es nur lernen. Manche sorgen sich, was der Ehemann dazu sagen könnte, die Familie. Gewerkschaftstreffen stehen im Ruf, dass da nur getrunken wird. Aber der erste Schritt ist, mit dem Partner zu reden und zu zeigen, dass das nicht so ist. Viele sagen, dass man sich in einen aussichtslosen Kampf wirft, den man nur verlieren kann. Na und? Wenn das so ist, wissen wir, warum wir verloren haben, und lernen daraus.

FES: Seit 2013 nimmst du an Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung teil. Welche Bedeutung hat die Arbeit der FES für dich?

Ana Isabel Fuentes Mercado: Ich habe so viel gelernt: Was Mobbing und Belästigung am Arbeitsplatz bedeuten, was Patriarchat bedeutet. Ich habe meine Rechte kennengelernt. Früher habe ich nie viel geredet – dank der FES habe ich angefangen, mich einzubringen und zu reden: nicht irgendwas, sondern so, dass man mich versteht, dass ich rüberbringen kann, was ich gelernt habe. Was ich gelernt habe, können auch andere lernen. Es ist meine Aufgabe, andere Frauen dabei zu unterstützen.

26 FOKUS 27



Zwischen dem 22 und dem 25. Mai 2014 waren über 500 Millionen EU-Bürger\_innen aus 28 EU-Mitgliedsländern aufgefordert, ein neues Europäisches Parlament zu wählen – Foto: Reuters

## Die Europawahl, Chance für Frauen?

Alles auf Anfang: kaum mehr Frauen im Europaparlament – aber dafür die AfD. Und die ist vor allem eins: extrem antifeministisch. Gewonnen haben die Frauen nicht bei der Europawahl in diesem Mai. Und ebenso wenig die Männer, die sich gleichberechtigten Geschlechterverhältnissen und einem modernen Familienbild verpflichtet sehen. Sieht man sich die Wahlprogramme an, dann konnte man progressive geschlechterpolitische Initiativen von den Sozialdemokrat\_innen, den Grünen und den Linken erwarten; diese drei Fraktionen haben bei der Europawahl zusammen gerade mal um fünf Sitze zugelegt. Grüne und Sozialdemokrat\_innen haben sogar verloren, nur das Anwachsen der Linken macht die Verluste etwas wett. Dagegen gibt es seit 2009 zwei latent bis dezidiert antifeministische Fraktionen: die EFDD des britischen Ukip-Chefs Nigel Farage und die EKR, die nun seit Neuestem die AfD beherbergt, und die haben 2014 zusammen unglaubliche 30 Sitze mehr geholt. Die anderen Parteien, Liberale und Konservative, haben sich geschlechterpolitisch mehr oder weniger tot gestellt, nimmt man ihre Wahlprogramme zum Maßstab.

## Die Programme: Was wollten die Parteien?

Die European Women's Lobby (EWL), ein europäischer Zusammenschluss verschiedenster Frauenorganisationen, hat sich vor der Wahl die Programme angeschaut: Die Sozialdemokrat\_innen haben verschiedene frauenspezifische Diskriminierungen erwähnt wie etwa den Gender Pay Gap; zudem unterstützte Spitzenkandidat Martin Schulz das Manifest der EWL. Darin fordert die Nichtregierungsorganisation unter anderem, dass Gender Mainstreaming und Gender Budgeting EU-weit angewandt und eine geschlechterpolitische Strategie bis 2020 entwickelt wird. Ein\_e EU-Koordinator\_in für Geschlechtergleichheit soll regelmäßig Bericht über die Fortschritte erstatten. Das Jahr 2016 soll zum "Jahr gegen Gewalt" erklärt werden.

Diese Vorhaben unterstützen die Sozialdemokrat\_innen also offiziell. Auch die Grünen stellen sich hinter die Forderungen der EWL und haben selbst einige Initiativen im Gepäck: Als einzige Partei traten sie paritätisch besetzt und mit einer männlich-weiblichen Doppelspitze an. Sie wollen eine Antigewalt- und eine Gleichheitsrichtlinie auf den Weg bringen und Gender Mainstreaming vorantreiben. Auch die Linke in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen unterstützt die EWL: Sie möchte eine Richtlinie, in der die gleiche Verteilung von

Care-Arbeit auf die Geschlechter gefordert wird, und will Gender Mainstreaming und Gender Budgeting vorantreiben.

Dann allerdings ist Schluss mit den geschlechterpolitischen Segnungen. In den Programmen der Liberalen und der Konservativen "werden Frauen und Diskriminierungen mit keinem Wort erwähnt", so die EWL. Und während die Liberalen immerhin noch ein Lippenbekenntnis zum Manifest der EWL ablegen, weigert sich der Spitzenkandidat der Konservativen, Jean-Claude Juncker, dies zu tun.

Die Rechtsaußenparteien haben bisher schon sämtliche gleichstellungspolitische Vorhaben torpediert. Sie machen keinen Hehl aus ihrem traditionellen Familienbild und pflegen oft eine Art Männlichkeitskult. So hielt der britische UKIP-Chef Farage seine Zusammenkünfte gern in Herrenklubs ab, die Frauen den Zutritt verwehren. Und in diesem Jahr ist mit der AfD eine dezidiert antifeministische Partei ins Parlament gespült worden.

## **Der Fall AfD**

Zuerst war es fast zum Schmunzeln: Die Jugendorganisation (JA) der Alternative für Deutschland (AfD) machte auf Facebook mit antifeministischen Parolen im Europawahlkampf von sich reden. Etliche Frauen und Männer erklärten per Schildchen, warum sie keinen Feminismus brauchen: "weil mein Mann mein Fels in der Brandung ist und nicht mein Klassenfeind", "weil eine Mutter genauso wertvoll ist wie eine Vorstandschefin" oder "weil ich auch mal schwach sein möchte".

Doch die Sprüche der Jugendorganisation fanden durchaus ihre Entsprechung im Wahlkampfprogramm der AfD für die Europawahl. Unter Verdrehung dessen, worum es bei der Strategie des Gender Mainstreaming geht, schreibt die Partei: "Die AfD lehnt ein 'Gender Mainstreaming', das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt, ab. Entsprechende finanzielle Förderungen sind ebenso einzustellen wie etwaige Bestrebungen der EU, den Mitgliedsstaaten eine solche Politik aufzuzwingen." Quoten für Frauen werden – selbstredend – abgelehnt.

Der Soziologe Andreas Kemper, der die familien- und gleichstellungspolitischen Vorstellungen der AfD für die Friedrich-Ebert-Stiftung analysierte,

Der Soziologe Andreas Kemper bei der FES-Veranstaltung "Im Rückwärtsgang durch Europa?" am 18. September 2014 in Berlin, bei der er Auszüge seiner Studie vorstellte – Foto: Jens Schicke

hat die Facebook-Seiten untersucht, über die der größte Teil der öffentlichen Kommunikation der AfD läuft, und sich Aktionszentren sowie politische Gruppierungen innerhalb der Partei angeschaut. Auf Facebook finden sich Angriffe auf die Gender-Forschung und auf gendersensible Sprache ("Genderwahn abschaffen"). Zudem sind die familienpolitisch Aktiven der Partei sehr oft mit christlichen Lebensschützerkreisen vernetzt. Diese lehnen eine Abtreibung grundsätzlich – also auch innerhalb der ersten drei Monate einer Schwangerschaft, wie in Deutschland möglich – ab. Ein Teil der AfD setzt sich aus ehemaligen Mitgliedern der Partei Bibeltreuer Christen zusammen. AfD-Chef Lucke ist ein dezidierter Christ und Abtreibungsgegner. Die AfD-Kandidatin für das Europaparlament, Beatrix von Storch, demonstrierte 2013 ganz vorn mit beim "Marsch für das Leben" der Abtreibungsgegner\_innen in Berlin.

Von Storch hat auch die "Zivile Koalition" gegründet, eine konservative Lobbyorganisation, zu der ebenfalls die "Initiative Familienschutz" gehört. Deren Chefin, Hedwig von Beverfoerde, hat vor allem gegen moderne Sexualerziehung in der Schule mobil gemacht. Die Demonstrationen gegen den baden-württembergischen Bildungsplan 2015, der Schulkindern die Vielfalt menschlichen Lebens und Liebens vorurteilsfrei bewusst machen möchte, wurden von beiden tatkräftig unterstützt.

Auch die europäische Bürgerinitiative "One of us" initiierte von Storch mit ihrem Mann. Die Initiative wollte über eine Petition an die EU-Kommission mit knapp zwei Millionen Unterzeichner\_innen erreichen, dass die Europäische Gemeinschaft keine "verbrauchende" Embryonenforschung mehr unterstützt. Nebenbei wurde auch noch gefordert, dass Entwicklungshilfeprojekte, die Familienplanung fördern und auch Abtreibungen ermöglichen, nicht mehr unterstützt werden. Die EU-Kommission wies die Petition zurück.

Zugleich lobbyierte das Bündnis 2013 gegen den sogenannten Estrela-Bericht, benannt nach der Verfasserin, einer Abgeordneten der europäischen Sozialdemokrat\_innen, der europaweit liberale Standards bei Reproduktionsmedizin, Abtreibung und Sexualerziehung einforderte. Der Frauen- und Gleichstellungsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) hatte den Bericht schon verabschiedet, doch das Lobbying der Gegner\_innen trug dazu bei, dass es ihn am Ende ablehnte. Ähnlich wurde danach das "Lunacek-Papier" der österreichischen Grünen-Abgeordneten Ulrike Lunacek, das die Einhaltung der Grundrechte für Homo- und Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle (LSBTI) forderte, torpediert. Ohne Erfolg: Das Europaparlament nahm das Papier an.

Kaum gewählt, kandidierte Beatrix von Storch für den Vizevorsitz des EP-Ausschusses für Frauen und Gleichstellung, allerdings vergeblich. Die European Women's Lobby (EWL) sieht die Entwicklung noch gelassen: Nach ihrer Erfahrung, so Koordinatorin Serap Altinisik, kommen die Rechten mit ihren frauenpolitischen Querschlägen nicht durch: "Die Koalition der liberalen und linken Parteien ist zu stark. Und wenn diese Koalition nur wenige der gemäßigten Konservativen auf ihre Seite zieht, dann können sie nach wie vor eigene Initiativen durchbringen."

Das Problem, so Altinisik, sitze eher im Ministerrat – und beim Kommissionsvorsitzenden Jean-Claude Juncker. Juncker habe sich beispielsweise vorgenommen, eine Richtlinie, die den Mutterschutz EU-weit auf 20 Wochen festschreiben sowie den Rechtsschutz bei der Rückkehr nach der Geburt in den Job verbessern würde und Vätern EU-weit wenigstens zwei Wochen bezahlte Elternzeit zugestehe, "geräuschlos abzuräumen", so Altinisik. Die Richtlinie liegt bereits seit vier Jahren auf dem Tisch der EU-Kommission und soll nun – da der Europäische Rat und das Parlament sich bisher nicht einigen konnten– nicht weiterverfolgt werden. Übrigens ganz im Sinne Deutschlands, wo die Richtlinie Frauen sechs Wochen zusätzlichen Mutterschutz und damit auch weitgehend vollen Lohn bringen würde.

Ein paar mehr sind es schon: Das neue EU-Parlament besteht seit diesem Mai zu 37 Prozent aus weiblichen Abgeordneten. Das ist ein Zuwachs von 2 Prozent im Vergleich zu 2009 – Foto: Reuters

### Das Thema Parität

Und die Repräsentation? Und die Partizipation? Haben die Frauen gepunktet bei dieser Europawahl? Immerhin hat die EWL mit einigen Gleichstellungsinstituten und -organisationen eine europaweite Kampagne für die Parität gefahren: 50/50. "No modern European Democracy without Gender Equality", hieß der Slogan. Also: keine moderne europäische Demokratie ohne Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. EU-weit sind nur ein Viertel der Parlamentarier\_innen in den nationalen Parlamenten weiblich. Im Europaparlament sind es gut 35 Prozent. Die EWL argumentiert, dass eine Ungleichbehandlung der Geschlechter durch gesetzliche Paritätsregeln gerechtfertigt ist, weil Frauen in der Politik jahrhundertelang nachweislich diskriminiert wurden. Nun könne man nicht so tun, als hätten alle die gleichen Voraussetzungen.

Der Gedanke der Parität allerdings ist in vielen Ländern (auch in Deutschland) noch nicht weit verbreitet. Die Resonanz auf die Kampagne war durchwachsen, der Erfolg gering. Im neuen EU-Parlament sitzen nun 37 Prozent Frauen. Die Linken liegen weit vorn, mit 51 Prozent. Schlusslichter sind die beiden Rechtsaußenfraktionen mit je 21 Prozent. Enttäuscht äußert sich die Chefin der EWL, Johanna Maycock: "Mit diesem Schneckentempo wird es noch ein halbes Jahrhundert dauern, bis wir die Parität

erreichen." Und das ist sicher noch optimistisch gerechnet, denn wer sagt, dass die Zahl immer weiter steigen wird?

Auch in der Kommission herrscht Stillstand bei den Frauenanteilen. Das EP erzwang, dass wieder mindestens neun Kommissarinnen ernannt werden. Juncker tat offenbar nichts oder zu wenig, um das sicherzustellen; die Mitgliedsländer nominierten also weiter Männer. Nach einer längeren Hängepartie wird die Mindestzahl nun knapp erreicht. Es hätte anders gehen können: Die EWL fordert seit Langem, dass jedes EU-Mitgliedsland je einen Mann und eine Frau benennt – und der Kommissionschef sich dann ein gemischtes Team daraus zusammenstellt. Warum dieser simple Vorschlag nicht in die Tat umgesetzt wurde, muss man wohl Herrn Juncker fragen.

Ansprechpartnerinnen für Gender im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin:
CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>
SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Westeuropa und Nordamerika der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: KRISTIN LINKE <Kristin.Linke@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Europa-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel: FRIEDERIKE KAMM <Friederike.Kamm@fes-europe.eu> 34 FOKUS 35



Feste, verpflichtende Quoten haben sich in der Praxis als wirkungsvollstes Instrument erwiesen, um die Repräsentation von Frauen in der Politik und in anderen Lebensbereichen gerechter zu gestalten – Foto: picture alliance

## **Quotierte Wahllisten und ihre Folgen**

Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung? Also gehört ihnen auch die Hälfte der Plätze auf den Wahllisten. Das Prinzip Parité – in Deutschland und aller Welt. Es ist immer noch nicht selbstverständlich, dass Frauen Politik machen. Werbemaßnahmen, wie im ersten Fokus-Text beschrieben, sind daher ein Mittel, sie für die Materie zu gewinnen. Ein weiteres, das sich als hochwirksam erwiesen hat, ist die Quote. Reservierte Plätze für motivierte Frauen – mehr Einladung geht nicht. Die meisten deutschen Parteien haben die Quote schon länger im Programm und so gute Erfahrungen gemacht, dass sie sie nicht missen mögen. Im öffentlichen Dienst wird sie angewandt, und demnächst auch erstmals in der Privatwirtschaft: Aufsichtsräte bestimmter Großunternehmen werden dann quotiert. Ein Drittel der Aufsichtsratsposten sollen dann mit Frauen besetzt werden.

## Parité toujours: Das Beispiel Frankreich

Warum nicht auch das Parlament quotieren? Und am besten paritätisch – also zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern. Großes erhofft sich etwa Silke Ruth Laskowski davon. Sie ist Juraprofessorin an der Universität Kassel und hat in einem Gutachten überprüft, ob sich das Parlament rechtlich betrachtet paritätisch quotieren ließe. Sie ist davon überzeugt, dass ein so quotiertes Parlament die Gleichstellungspolitik entscheidend voranbringen würde: Ein Gesetz zur Entgeltgleichheit, die Gleichstellung in der Privatwirtschaft, Parität in allen Gremien – all das hätte ein zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetztes Parlament längst verabschiedet, meint sie: "Mangelnde paritätische Besetzung der Parlamente begünstigt 'ungleichberechtigte' Entscheidungen."

Wie ließe sich eine Quote fürs Parlament einfädeln? Laskowski schaut nach Frankreich, das 1999 nach vielen Aktionen von Frauenrechtlerinnen und einer öffentlichen Kampagne von zehn prominenten Ex-Politikerinnen, wie Simone Veil, ehemals Präsidentin des Europäischen Parlaments (EP), und Edith Cresson, einst Premierministerin der Sozialist\_innen, tatsächlich seine Verfassung änderte, um die Parität, die Parité auf Französisch, möglich zu machen. Die Quotierung des Parlaments kann als Eingriff in die Wahlfreiheit gesehen werden, und der muss hinreichend gerechtfertigt sein. In der französischen Verfassung steht heute (nach mehreren Änderungen) in Artikel 1: "Der gleiche Zugang von Frauen und Männern zu den Wahlmandaten und -ämtern sowie zu beruflicher und gesellschaftlicher Verantwortung wird per Gesetz gefördert".



Zwei Ministerinnen von acht im paritätisch besetzen Kabinett des französischen Ministerpräsidenten Valls: Najat Vallaud-Belkacem, Ministerin für Bildung, Hochschulen und Forschung sowie Marisol Touraine, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Frauenrechte (v.l.) \_ Foto: Reuters

Im Verfassungsartikel über die Parteien wird dazu ergänzt, dass diese "unter den gesetzlich festgelegten Bedingungen" zur Verwirklichung dieses Grundsatzes beitragen. Damit war der Weg frei für ein Gesetz zur Quotierung der Wahllisten. Doch ein glatter Durchmarsch war es nicht. Es wurde erreicht, dass die Listen auf kommunaler und regionaler Ebene sowie auf europäischer Ebene quotiert werden – ansonsten wären die Wahllisten ungültig. Auf der wichtigsten, der nationalen Ebene aber ließ man einen Ausweg zu: Die Parteien, die der Quotierung nicht entsprechen, bekommen weniger finanzielle Zuwendungen. Das nutzten die Parteien aus. Insbesondere die Konservativen verzichteten lieber auf 20 Millionen Euro, als Gleichberechtigung auf ihren Listen herzustellen, berichtet Laskowski.

Auf nationaler Ebene richtete die Quote denn auch verhältnismäßig wenig aus: Bei der letzten Wahl 2012 lag der Frauenanteil bei 25,9 Prozent. Dazu trägt ebenfalls bei, dass hier per Mehrheitswahlrecht in Wahlkreisen entschieden wird. Eine Partei kann also 50 Prozent Frauen aufstellen, die meisten jedoch in aussichtslosen Wahlkreisen – und schon ist das Gesetz unterlaufen. "Verrat" wirft ihnen deshalb etwa Mariette Sineau vom Pariser Institut für politische Studien, Sciences Po, in ihrer Analyse des französischen Paritégesetzes in einer vom Europäischen Parlament in Auftrag gegebenen Studie vor.

Dennoch bescheinigt sie dem Gesetz eine symbolische Wirkkraft: So ist in seiner Folge in der Exekutive die Zahl der Frauen stark angestiegen. Und die "Parité" hat sich als Maßstab durchgesetzt: Gewerkschaften, Unternehmen, alle sind mit diesem Anspruch konfrontiert – und mit der Tatsache, dass dieser Anspruch auch einlösbar ist: 2010 war der Frauenanteil in den Regionalparlamenten auf 47,6 Prozent gestiegen, in den Kommunen auf 48,5 Prozent. Und bei der letzten Europawahl 2014 schickten die Französ\_innen 42 Prozent Frauen ins Europäische Parlament.

## **Und Deutschland? Die Verfassungsfrage**

Was Frankreich kann, können wir auch, meint Silke Ruth Laskowski in ihrem Gutachten. Und hierzulande wäre nicht einmal eine Verfassungsänderung nötig: "In Deutschland ist – anders als in Frankreich 1999 – keine Änderung der Verfassung erforderlich, denn das Fördergebot, das proaktive Maßnahmen wie Quotenregelungen rechtfertigt, ist bereits seit 1994 ausdrücklich im Grundgesetz verankert", erklärt sie immer wieder, wenn sie bei Veranstaltungen über ihr Gutachten referiert. Artikel 3, Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes lautet: "Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin".

Erster Einwand: "Da könnte ja jeder kommen und eine Quote für sich fordern." Handwerker sind im Parlament ebenso unterrepräsentiert wie Arbeitslose. Doch die Frauen, so Laskowski, sind keine diskriminierte Minderheit: Sie sind die Hälfte der Bevölkerung. Und der Staat hat sich im Grundgesetz verpflichtet, ihnen zu einer angemessenen Vertretung zu verhelfen.

Die Grünen quotieren ihre Wahllisten schon lange; kein Wunder also, dass sie, kaum zum ersten Mal als stärkere Partei in der Regierung in Baden-Württemberg, ein Paritégesetz verabschieden wollten. Sie nahmen damit ein Anliegen des Landesfrauenrats auf, der seit Langem für eine Änderung des Landeswahlrechts wirbt: "Halbe Kraft reicht nicht", hieß seine Kampagne. Im grün-roten Koalitionsvertrag wurde die Einführung der Parität auf Kommunalebene festgelegt. Die Union, frisch in der Opposition, traute ihren Augen nicht und protestierte: Bei den Christdemokrat\_innen, bei denen auf eine Frau drei Männer kommen, würde eine paritätisch

besetzte Liste dazu führen, dass verhältnismäßig viele Frauen und dagegen wenige von den vielen Männern eine Chance auf einen Listenplatz hätten. Das hält die Union für grundgesetzwidrig. Schließlich heißt es in Artikel 3 auch: "Niemand darf wegen seines Geschlechts (...) benachteiligt oder bevorzugt werden".

Die Grünen beauftragten daraufhin ein Anwaltsbüro mit einem Gutachten. Der Gutachter, Hartmut Gaßner, kommt zu dem Schluss, dass ein Paritégesetz zwar die Chancengleichheit bei der Kandidat\_innenaufstellung und die Parteienfreiheit einschränke. Dies sei aber angesichts des übergeordneten Ziels der Gleichstellung angemessen und zumutbar. Zudem wäre bei den Kommunalwahlen das Kumulieren und Panaschieren möglich: die Vereinigung mehrerer Stimmen auf eine Person oder das Verteilen der Stimmen auf verschiedene Listen. Dadurch können die Wählenden immer noch ihre Favoriten "nach vorne" wählen.

Doch das wird nicht von allen so gesehen. Der Parteienrechtler Martin Morlok fand in einem Fachgespräch der Grünen 2011 den Eingriff in die Parteien- und Wahlfreiheit zu schwerwiegend. Zudem sei es unverhältnismäßig, wenn eine Partei, in der nur 30 Prozent Frauen aktiv seien, 50 Prozent Kandidatinnen aufstellen solle.

Auch Ute Sacksofsky, Spezialistin für Gender und Recht an der Uni Frankfurt, hielt bei diesem Fachgespräch den Eingriff in die Wahlfreiheit für zu gravierend. Sie regte an, ähnlich wie beim Betriebsverfassungsgesetz zu verfahren. Darin ist geregelt, dass im Betriebsrat beide Geschlechter entsprechend ihrem Anteil an der Belegschaft vertreten sein müssen. So sollten die Quoten der Parteien sich an der Zahl weiblicher Parteimitglieder orientieren.

Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags hat schon 2008 geprüft, ob die Parität im Bundestag juristisch machbar sei. Die Autoren bejahten das mit der Einschränkung, dass getrennte Geschlechterlisten jeder Partei das Wahlrecht weniger gravierend einschränken und doch die gleiche Wirkung entfalten würden. Die Wählenden könnten dann zwei Stimmen nach Gusto auf die Männer- und die Frauenliste einer Partei verteilen. In der Schweiz wurden damit teilweise gute Erfahrungen gemacht.

40 FOKUS Quotierte Wahllisten und ihre Folgen 41



Der Ausgang der Kommunalwahlen 2014 in Baden-Württemberg hat wieder einmal deutlich gemacht, dass ein Appell an die Parteien, Wahllisten möglichst paritätisch zu besetzen, keine feste Quote ersetzt. Nur um 1, 7 Prozent legte der Anteil der gewählten Frauen zu – Foto: picture alliance

Die Regierung in Baden-Württemberg erschrak vor der eigenen Courage und ruderte zurück: Aus der Muss- wurde eine Soll-Bestimmung. Und die zeigte wie erwartet kaum Wirkung: Bei der Kommunalwahl im Mai 2014 wuchs der Frauenanteil an den Gewählten von 22,2 auf 23,9 Prozent. Weit entfernt von Parität

### Wie machen es andere Länder?

Belgien hat seit 1994 quotierte Wahllisten. Die Differenz zwischen Männern und Frauen auf den Listen darf nach mehreren Reformen mittlerweile nicht mehr als eins betragen. Die ersten beiden Listenplätze müssen mit beiden Geschlechtern besetzt sein. Im Mai 2014 wählte Belgien sein neues Parlament und brachte es immerhin auf 39 Prozent Frauen. Und wer sagt, dass Frauen keinen Unterschied machen? Frankreich und Belgien haben inzwischen auch eine Geschlechterquote für Privatunternehmen verabschiedet.

Wie zentral Quotenregelungen für die politische Teilhabe von Frauen sind, zeigt auf engstem Raum das Beispiel Israel/Palästinensische Gebiete. 81 Kommunen in Israel liegen im sogenannten arabischen Sektor. Obwohl die Beteiligung arabischer Israelis an den Kommunalwahlen jedes Mal

sehr hoch ist – bei 85 bis 90 Prozent –, gibt es nur zwölf weibliche arabische Kommunalrätinnen. Nicht weit entfernt, auf der anderen Seite der "grünen Linie", die Israel und das Westjordanland trennt, sieht es anders aus. Das Wahlgesetz der palästinensischen Autonomiebehörde sieht eine Frauenquote vor, deren Ergebnis ein deutlich höherer Frauenanteil von immerhin 21 Prozent auf der Kommunalebene ist.

Gemeinsam mit einer lokalen Partnerorganisation hat die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die über ein Büro in Israel und in den Palästinensischen Gebieten verfügt, im Mai 2014 Kommunalrätinnen beider Seiten in einem Workshop zusammengebracht. An zwei Tagen konnten sich die Kommunalpolitikerinnen in Ramallah über Herausforderungen und Hürden für Frauen in der Politik auf beiden Seiten der grünen Linie austauschen. Dabei ermutigten die Politikerinnen aus dem Westjordanland ihre Kolleginnen aus Israel nachdrücklich, sich für die Einführung einer Frauenquote ins israelische Wahlgesetz stark zu machen. Es müsse klar werden, so der Slogan, auf den sich die Teilnehmerinnen verständigten: "Fortschritt für Frauen bedeutet Fortschritt für die Gemeinde!"

In Afrika und Lateinamerika haben Frauenquoten in manchen Ländern eine jahrelange Tradition. In 17 der insgesamt 49 Länder des subsaharischen Afrika gibt es eine gesetzliche Quote für die Parlamente. Allerdings besteht die nicht immer auf nationaler Ebene (etwa in Südafrika) und vor allem beträgt sie fast nie 50 Prozent, schreibt Antonie Katharina Nord in einem Beitrag für die Zeitschrift des German Institute of Global and Areal Studies (GIGA). In Niger etwa sind es im nationalen Parlament ganze zehn Prozent der Sitze, die Frauen reserviert werden, in den meisten Ländern liegt die Quote zwischen zehn und 30 Prozent. Klassisches Problem: Emanzipieren sich die weiblichen Abgeordneten von ihrer eigenen männlich geprägten Partei? Setzen sie sich wirklich für Fraueninteressen ein?

Ein Beispiel sehr unzufriedener Feministinnen sei Südafrika, schreibt Nord: Eine 30 Prozent-Quote hat sogar 45 Prozent Frauen ins Parlament gebracht, das Kabinett sei zu 40 Prozent mit Frauen besetzt. Aber gegen die verbreitete Gewalt gegen Frauen wird den Feministinnen entschieden zu wenig vorgegangen. Dass die Frauen des African National Congress (ANC) nun kritiklos unter dem einst der Vergewaltigung beschuldigten Polygamisten Jacob Zuma regieren, zeige ihre Loyalität gegenüber der männlichen Nomenklatura, meint Nord.

## Paukenschlag: Das Beispiel Senegal

Allein der Senegal macht Ernst: Das 2010 verabschiedete Paritätsgesetz verlangt fifty-fifty. Bei der Wahl 2012 wurde es erstmals angewendet: Immerhin 64 von 150 Plätzen in der Nationalversammlung sind nun mit Frauen besetzt. Und das in einem Land, das die Genitalverstümmelung von Frauen kennt, die Polygamie, und in dem 60 Prozent der Mädchen nicht lesen und schreiben lernen. Freiwillige Quoten in den Parteien hatten keine Wirkung gezeigt. Und das Land hatte die Frauenrechte, die das Menschenrechtsabkommen "Maputo-Protokoll" garantiert, zum Teil seiner Verfassung gemacht. Im Maputo-Protokoll steht, dass die Unterzeichnerstaaten die Parité anstreben. Vor allem aber hatte eine Frauenbewegung, deren Markenzeichen die weiße Kleidung wurde, immer und immer wieder demonstriert. Die FES unterstützte das Gleichstellungsgesetz von Anfang an. Sie trainiert die gewählten Frauen und fördert Treffen zwischen jungen, politisch interessierten Frauen und Politikerinnen.

Doch der Paukenschlag verhallt in der Fläche bisweilen ungehört: Auf lokaler Ebene haben viele Kommunen das Gesetz einfach ignoriert, die Frauenquoten dort liegen zum Teil bei zehn bis 20 Prozent, berichtet Radio France International. In Touba, der Hochburg einer islamischen Bruderschaft, wurden gar keine Frauen auf die Liste gesetzt; die Parité widerspreche dem Islam, hieß es dort kurz und bündig. Wo die traditionellen Geschlechterrollen als festgefügt und/oder gottgegeben wahrgenommen werden, hält man das Gesetz schlicht für absurd.

"Das Gesetz ändert nicht alles, vor allem die Mentalitäten nicht", erklärt Fatou Kiné Diop, die Leiterin des nationalen Büros zur Beobachtung der Gender Parität (ONP), in einem Interview mit der kanadischen "Gazette des femmes". "Sie können auch Mentalitäten schwer ändern, wenn die Menschen im Alltag mit dem Überleben kämpfen. Man muss an allen Fronten zugleich ansetzen." Dennoch ist Diop zuversichtlich: "Wenn die Frauen auf dem Land so viele Kopftücher im Parlament sehen, sehen sie auch, dass Frauen Macht ausüben können."



Dieses Mädchen wächst seit 2012 in einem anderen Senegal auf. Das Parité-Gesetz macht es möglich, dass Frauen mit oder ohne Kopftuch, sehen, "dass Frauen Macht ausüben können", so Fatou Kiné Diop, Leiterin des Büros zur Beobachtung der Gender Parität – Foto: Reuters

## **Gemischte Bilanz: Das Beispiel Indien**

Ein Beispiel dafür, wie Quotenregelungen stecken bleiben können, hat die Parlamentswahl in Indien 2014 geliefert. Zahlreiche Fälle von sexueller Gewalt gegen Frauen hatten die öffentliche Meinung für dieses Thema sensibilisiert. Seit Jahren schon steht eine 33-Prozent-Quote auf der politischen Agenda, doch ist sie bis heute auf nationaler Ebene nicht verabschiedet. Im Wahlkampf überboten sich die Parteien also mit Quotenversprechen und neuen Gesetzen gegen sexuelle Gewalt. Allerdings stellten sie nur wenige Kandidatinnen auf – und bevorzugt solche mit hohem Symbolwert, aber wenig Kompetenz; eine ganze Reihe weiblicher Filmstars schaffte es auf die Listen, wie Pamela Philipose in einer Analyse der Wahlen für die FES schreibt.

Viele andere Frauen, so beschreiben es Devaki Jain und Deepshika Batheja vom "Women's Feature Service" in ihrem von der FES unterstützten Beitrag für die Wahlanalyse "Gender Footprint on a General Election", seien Witwen, Töchter oder Gefolgsfrauen von erfolgreichen männlichen Politikern, die lediglich deren Politik fortsetzten. Auch reservierte Sitze, so folgern die beiden, bedeuten nicht notwendigerweise mehr Repräsentation von Frauen und frauenspezifischer Politik. Und unter den männlichen Kandidaten waren sogar sechs verurteilte Sexualverbrecher zu finden, wie die renommierte NGO Association for Democratic Reforms herausfand.

44 FOKUS Quotierte Wahllisten und ihre Folgen



So viele Frauen wie noch nie wählten 2014 bei den landesweiten Parlamentswahlen in Indien. Dennoch zogen nur 11 Prozent weibliche Abgeordnete ins Parlament ein – Foto: Reuters

Ins Parlament zogen schließlich nur elf Prozent Frauen ein, drei Prozentpunkte mehr als 2009. Zwar war die Wahlbeteiligung der Frauen stark gestiegen, der Unterschied zu den Männern betrug nur noch 1,46 Prozentpunkte – doch die Wählerinnen gaben meist nicht Frauen ihre Stimme. Philipose führt das darauf zurück, dass Frauen in Indien sehr stark mit dem privaten häuslichen Leben assoziiert werden – und ihnen auch von den Frauen das Agieren in der Öffentlichkeit nicht zugetraut wird.

Auf der lokalen Ebene dagegen ändert sich durchaus etwas: Die Dörfer, Landkreise und Bezirke müssen seit 1992 33 Prozent der Sitze in ihren Räten an Frauen vergeben, in machen Bundesstaaten sind es seit 2009 mittlerweile sogar 50 Prozent — einer der radikalsten Wandel in der indischen Politik, erklärt Urvashi Butalia, Leiterin des Frauenbuchverlags Zubaan, in einem Interview mit der FES in Delhi. Es gelte, etwas aus dieser Tatsache zu machen. Und in der Tat ist einiges zu tun. In manchen Gegenden sind 50 Prozent der weiblichen Räte Analphabetinnen — kein Wunder, dass eine Koalition der Frauenbewegung vor der Wahl in einem "Womanifesto" ein umfangreiches Bildungsprogramm für Frauen forderte.

Die FES stieg von Anfang an mit ein: Zusammen mit der Nichtregierungsorganisation Social Action for Human Resource Development (SOHARD) entwickelte sie eine Strategie für mehr Teilhabe von Frauen. Schauplatz war eine Region in Rajasthan. Es fing 1996 mit Basisarbeit an: von Haus zu Haus gehen, mit Frauen reden, ihre Männer davon überzeugen, dass die Frauen das Haus verlassen dürfen, um sich weiterzubilden. Als bei den ersten quotierten Wahlen eine Menge Ehefrauen auf den reservierten Plätzen saßen, der politische Einfluss aber von ihren Männern ausgeübt wurde, trainierte SOHARD diese Ehefrauen, so dass sie eigene Politikvorschläge einbringen können. Bis heute haben 6000 Frauen diese Trainings absolviert. Das Phänomen der Scheinkandidatinnen, so schreibt Damyanty Sridharan von der FES Indien, sei weitgehend verschwunden. Die Frauen fangen etwas an mit ihrer Macht: Sie entwickeln Pläne für ihre Kommunen und stimulieren wirtschaftliche Aktivitäten. 2005 überstieg der Frauenanteil an Gewählten in manchen Bezirken die Quote sogar deutlich. Denn: Kompetenz zahl sich aus und überzeigt die Wähler\_innen am Ende doch.

Eine andere Art der Unterstützung finden Frauen im Nachbarland Pakistan: Die FES unterstützt dort Radiosendungen, die Informationen zu Politik und der aktiven Beteiligung von Frauen am politischen Prozess vermitteln. "Gleichheit in der Politik, das ist mein Recht", ist das Motto der Sendungen, die sich an Frauen und Männer richten und über politische Rechte, insbesondere für Frauen, aufklären. Denn Politik ist in Pakistan weitgehend Männersache. Zwar wurde unter dem Militärdiktator Muscharraf eine Quote von 33 Prozent der Parlamentssitze für Frauen reserviert, doch die Wirkung dieser Maßnahme bleibt umstritten. Jenseits dieser "Quotenplätze", die oft von weiblichen Mitgliedern einflussreicher Familien besetzt wurden, waren 2013 nur 4 Prozent der Kandidat\_innen für das nationale Parlament weiblich.

Es sieht aber nicht alles schwarz aus, wie die Expertin Afia Salam auf einem Blog der Deutschen Welle im Rahmen eines von der FES unterstützen Medienprojekts zu den Parlamentswahlen 2013 schrieb. Unabhängig von den etablierten, häufig stark korrupten Parteistrukturen Pakistans, stellte sich 2013 eine ganze Reihe eindrucksvoller, selbstbewusster Kandidatinnen zur Wahl, auf die die Charakterisierung der Zeit-Autorin Charlotte Wiedemann passt: "Gegen Pakistans Powerfrauen, wirken westlich-emanzipierte Frauen wie Federn im Wind."

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Westliches Europa und Nordamerika der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: KRISTIN LINKE <Kristin.Linke@fes.de> 46 FOKUS 4

Ansprechpartner für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich:

STEFAN DEHNERT, Landesvertreter <stefan.dehnert@fesparis.org>

Ansprechpartnerinnen für Gender im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>

Ansprechpartner für Gender im Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: FELIX EIKENBERG <Felix.Eikenberg@fes.de>

Ansprechpartner für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel: DR. WERNER PUSCHRA, Landesvertreter </br>
<Werner.puschra@fes.org.il>

Ansprechpartnerin für Gender in den Palästinensischen Gebieten: INGRID ROSS <ingrid@fespal.org>

Ansprechpartner für Gender im Referat Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: OLIVER DALICHAU <Oliver.Dalichau@fes.de>

Ansprechpartnerin im Büro Senegal der Friedrich-Ebert-Stiftung: ANNETTE LOHMANN, Landesvertreterin <lohmann@fes-senegal.org>

Ansprechpartnerin im Büro Südafrika der Friedrich-Ebert-Stiftung: RENATE TENBUSCH, Landesvertreterin <a href="mailto:kenate.Tenbusch@fes-southafrica.org">kenate.Tenbusch@fes-southafrica.org</a>

Ansprechpartner für Gender im Referat Asien und Pazifik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin:

MARTIN ALBERS <Martin.Albers@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro Indien der Friedrich-Ebert-Stiftung:
SARAH HEES, Landesvertreterin (interim) <sarah.hees@fesindia.org>

Ansprechpartner für Gender im Büro Pakistan der Friedrich-Ebert-Stiftung: PHILIPP KAUPPERT, Landesvertreter <rd@fes-pakistan.org>



Geschlechtergerechtigkeit ist Elke Ferner eine Herzensangelegenheit, für die sie sich politisch seit vielen Jahren engagiert – Foto: Jens Schicke

## Quotenfrau und stolz darauf!

Wo wenig Frauen auf Chefsesseln sitzen, ist es immer noch schwer, als Gleiche akzeptiert zu werden, sagt Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Familienministerium und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF).

**FES:** Frau Ferner, Sie sind als Staatssekretärin im Familienministerium in einer Machtposition. Haben Sie in diese Richtung gedrängelt oder wurden Sie gedrängelt?

**Elke Ferner:** Ich wurde gedrängelt. Ich war überrascht, als Sigmar Gabriel mich anrief und fragte, ob ich das machen will. Eigentlich war ich mit meinen Aufgaben in der Fraktion und mit dem Vorsitz der ASF sehr zufrieden. Die neue Aufgabe als Staatssekretärin hat mich andererseits auch gereizt: Das, was ich dreißig Jahre ehrenamtlich gemacht habe, kann ich jetzt hauptberuflich umsetzen. Das macht den Job natürlich auch attraktiv. Und so sahen das auch die Frauen in der ASF: eine Chance für die Frauenpolitik.

**FES:** Sie haben sich als ASF-Vorsitzende immer für Frauen in Führungspositionen stark gemacht. Fühlt man sich da nicht auch verpflichtet, so ein Angebot anzunehmen?

**Elke Ferner:** Ja klar. Es ist aber für mich keine Pflichtaufgabe, es ist ja eher eine Kür. Aber ich war schon einmal Staatssekretärin, im Verkehrsministerium, und daher wusste ich, was an Einschränkungen der Lebensqualität auf mich zukommt. Das Zeitkorsett ist extrem eng. Man muss die Vorlagen rechtzeitig gelesen und bearbeitet haben, sonst können die anderen nicht weiterarbeiten. Den Ausschuss betreuen, und man reist und reist: vom Wahlkreis nach Berlin, wieder zurück, zu Terminen, das schlaucht.

**FES:** Ja, das sieht man daran, dass wir hier um 22 Uhr in einem ICE von Hamburg nach Berlin das Interview führen – einen anderen Termin gab es nicht. Was fällt weg in Ihrem Leben?

**Elke Ferner:** Die Zeit mit der Familie und mit den Freund\_innen wird sehr selten. Man braucht also schon mal eine Familie, die einen unterstützt und bereit ist, auf den Terminkalender Rücksicht zu nehmen, und man braucht sehr verständnisvolle Freund\_innen. Es gibt Zeiten, da ist man dann einfach nicht da, wenn sie einen brauchen. Dann fühle ich mich schon ziemlich schlecht und habe ein schlechtes Gewissen.

**FES:** Anne-Marie Slaughter, die im US-Außenministerium einen hohen Posten für ihre Familie aufgab, wurde berühmt mit dem Satz: "You can't have it all". Ein Führungsjob sei mit einer Familie nun mal nicht zu vereinbaren. Stimmt das?



Immer im Dienst für Frauenrechte: Elke Ferner bei einer FES-Veranstaltung im Oktober – Foto: Jens Schicke

**Elke Ferner:** Wir haben keine Kinder, insofern habe ich diese Abwägung nie treffen müssen. Ich würde aber niemals jemanden verurteilen, wenn er oder sie diese Abwägung in diese Richtung trifft. Weil ich eben sehe, wie mein Mann und meine Freund\_innen zu kurz kommen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, wie schwierig das ist, eine Führungsposition und Familie mit Kindern unter einen Hut zu bringen. Aber wir arbeiten ja daran, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass auch Führungsaufgaben und Familie mit Kindern vereinbar sind.

**FES:** Viele Frauen sagen, dass Frauen in Führungspositionen unverhältnismäßig kritisch gesehen werden. Fehler werden ihnen nachgetragen, sie werden pausenlos beurteilt, während Männer mit Macht etwas Selbstverständlicheres sind und dort nicht so genau hingeschaut wird. Erleben Sie das auch?

Elke Ferner: Ich persönlich merke das nicht. Aber ich sehe: Dort, wo wenig Frauen oben sind, ist es immer noch so. Als jetzt vor kurzem ein paar Vorstandsfrauen aus der Wirtschaft vorzeitig aus den Vorständen ausgeschieden sind, war sofort das Thema: Die Mädels können es einfach nicht. Dass aber Männer auch reihenweise in diesen Jobs scheitern, würde niemand auf ihr Geschlecht zurückführen. Dabei wurde mir immer wieder erzählt: An der Qualität der Frauen kann es nicht gelegen haben. Es ging eher um Old Boys Networks und dass die Frauen nicht bereit waren, einen so hohen Preis zu zahlen. Solange Politik auf dem Herrenklo gemacht

wird, sind Frauen eben außen vor. Man kann sich nur anpassen oder scheitern. Und wenn eine keine Lust auf Anpassung hat, dann geht sie lieber und arbeitet woanders – da, wo ihre Fähigkeiten und ihre Persönlichkeit geschätzt werden.

FES: Die Frage ist: Wie kann man das ändern?

Elke Ferner: Man ändert es jedenfalls nicht, indem immer nur derselbe Typus Mensch in diese Jobs kommt. Es ist leider so, dass einzelne Frauen das durchkämpfen müssen. Bei uns waren das etwa Heidi Wieczorek-Zeul oder Herta Däubler-Gmelin, die mussten sich allein durchbeißen, sodass wir es nun etwas einfacher haben. Die Kultur ändert sich nur, wenn mehr Frauen nach oben kommen und auch oben bleiben. Das sieht man an der SPD-Fraktion: Dort sind nun so viele Frauen, dass wir über die Männerspielchen hinweg sind. Es hat sich auch klimatisch verändert: Früher hörten die Männer weg, wenn eine Frau anfing zu reden. Heute sind wir auf Augenhöhe.

FES: Bei den Ministerinnen ist das noch mal anders, oder? Frau von der Leyen wird gerade mit Lust runtergeschrieben, Frau Nahles hat selten gute Presse – hat das etwas mit Geschlecht zu tun?

Elke Ferner: Es ist immer noch einfacher, Frauen auflaufen zu lassen, um damit bei seiner Klientel zu punkten. Aber natürlich geht es inhaltlich auch um etwas. Frauen haben nun unsere beiden Lieblingsprojekte durchgezogen, den Mindestlohn und die Frauenquote, und da versucht man von geneigter Seite, etwas zu finden, um sie zu kritisieren. Dabei ist das eigentliche Problem, dass die Union nun das Gefühl hat, dass sie ihre Projekte im Koalitionsvertrag nicht unterbringen konnte.

**FES:** Wenn es also noch doppelte Standards gibt: Was kann man da machen?

Elke Ferner: Es sind so starke und selbstbewusste Frauen, die nun die wichtigen Ressorts leiten, wie Andrea Nahles das Arbeits- und Sozialministerium, Manuela Schwesig, die jetzt endlich ein Gesetz für mehr Frauen in Führungspositionen durchsetzt: Die beiden können mit Kritik sehr gut umgehen. Aber egal, ob Ministerinnen oder Minister unter der Gürtellinie angegangen werden: Am Ende muss der Parteivorsitzende ein Stoppschild aufstellen.

FES: Diese doppelten Standards zu thematisieren, hätte keinen Sinn?



Klar habe die Frauen-Quote auch ihr genutzt, sagt die Saarländerin Elke Ferner. Doch beweisen habe sie sich dennoch müssen – Foto: Jens Schicke

Elke Ferner: Die Menschen, die diese Angriffe starten, empfinden das ja nicht so. Die denken, sie üben sachliche Kritik. Jemand, der in dieser Frage sensibel ist, macht das nicht. Ich denke, das anzusprechen, ist so gut wie unmöglich. Dann wirkt man wie die beleidigte Leberwurst, die jetzt auch noch die Frauenkarte zieht

FES: Haben Sie schon mal davon profitiert, dass Sie eine Frau sind? Natürlich haben Frauen einen Bonus, wenn etwa nach der Einführung einer Quote Frauen gesucht werden. Ganz klar. Ohne die Quote säße ich nicht hier. Aber beweisen muss man sich natürlich dann trotzdem

FES: Was ist die erfolgreichste Rekrutierungsmethode, wenn man mehr Frauen an der Macht haben will?

Elke Ferner: Wir haben gute Erfahrungen gemacht mit Mentoringprojekten. Und mit Seminaren wie "Frauen an die Macht". Da mussten die Frauen sich selbst bewerben – und wir haben viel mehr Bewerbungen von tollen Frauen bekommen, als wir Plätze zur Verfügung hatten. Es waren viele mit mehreren Kindern dabei, aber auch mit ausländischen Wurzeln. Die ersten zwei sind gerade Bürgermeisterinnen geworden. Wir haben außerdem die regulären Fortbildungen für Führungskräfte guotiert. Das hilft. Seit wir für die Wahllisten Reißverschlussverfahren beschlossen haben. sind natürlich auch wieder mehr attraktive Listenplätze für Frauen da – das zieht die guten Frauen von ganz allein.

Mein Wunsch wäre noch, dass mehr Zeitökonomie in die Politik einzieht. Frauen haben einfach keine Zeit für diese Redemarathons, denen Männer sich doch sehr gern hingeben. Auch Dauerpräsenz wird oft immer noch belohnt. Und alle Termine auf den Abend und das Wochenende zu legen, darauf haben die Frauen einfach keine Lust – und die Männer übrigens auch nicht.

**FES:** Aber die Kommunalparlamente sind eben Feierabendparlamente – das kann man nicht ändern, oder?

**Elke Ferner:** Nicht alle Ratssitzungen beginnen erst um 18 oder 20 Uhr. In meiner Heimatstadt Saarbrücken beginnen Rats- und Ausschusssitzungen um 16 Uhr. Die Arbeitgeber müssen die Stadtverordneten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit freistellen. Und wenn man eine Kinderbetreuung braucht, wird eben die Kinderbetreuung bezahlt. Das muss man nur wollen.

**FES:** Eine Quote ist offenbar sehr hilfreich. Warum also nicht gleich die Parität für alle Parlamente beschließen? Das hat Frankreich auch gemacht.

**Elke Ferner:** Weil wir dafür im Moment keine ausreichende Bewegung haben. Und damit würde der Machtverlust der Männer zementiert. Dazu sind viele gar nicht bereit. Das ist natürlich kein Problem bei den Parteien, die schon eine Quote haben. Aber die anderen? Da muss eine männliche Mehrheit die Abschaffung ihrer Übermacht beschließen. Das wird wohl noch dauern

**FES:** Juristen tun oft so, als wollte man mit der Parité das Grundgesetz abschaffen. Wie ist es denn: Schränkt die Quote die Freiheit der Parteien ein?

**Elke Ferner:** Das sehe ich nicht. Man kann ja die Männer, die man haben will, auf der männlichen Hälfte der Liste platzieren. Und jede Liste hat nun mal ein Ende, das schränkt die Parteienautonomie auch ein.

In Frankreich ist die Parität kein Problem, und Frankreich ist ja nicht weniger demokratisch als Deutschland. In Italien geht es, in Belgien... Warum nicht bei uns? Im Übrigen stehen auch die Parteien auf dem Boden des Grundgesetzes. Und darin heißt es: Der Staat sorgt dafür, dass Frauen und Männer gleichberechtigt behandelt werden. Ungleichheiten müssen abgebaut werden. Das ist auch eine Verpflichtung der Parteien.

**FES:** Was macht man mit den Direktmandaten? Wenn die Frauen alle in aussichtslosen Wahlkreisen aufgestellt werden, nützt die schönste Parität nichts.

**Elke Ferner:** Da gibt es interessante Varianten. Man könnte zum Beispiel je zwei Wahlkreise zusammenlegen. Und dann werden je zwei Kandidat\_innen aufgestellt: ein Mann und eine Frau. Dann ist der Mann mit den meisten Stimmen gewählt und die Frau mit den meisten Stimmen.

**FES:** Die Union findet, dass Parité gegen die Gleichberechtigungsartikel des Grundgesetzes verstößt. Wenn da 20 Männer um einen Platz kämpfen müssen, liegt die Chance des Einzelnen bei fünf Prozent. Wenn aber nur drei Frauen um einen Frauenplatz kämpfen, hat jede eine satte 33-Prozent-Chance.

**Elke Ferner:** Wer sagt denn, dass es nur bei den Männern viele Bewerbungen geben wird? Heute ist es doch so, dass knapp weniger als die Hälfte der Bevölkerung mit mehr als 70 Prozent in den Kommunalparlamenten und immerhin noch mit mehr als 60 Prozent im Deutschen Bundestag vertreten ist. Die Chance des Einzelnen liegt beim heutigen Wahlrecht deutlich über der Chance der Einzelnen, in ein Parlament gewählt zu werden.

**FES:** Einspruch gibt es auch von Juristinnen. Ute Sacksofsky meint, man könne die Anteile höchstens entsprechend dem Anteil der Frauen an den Mitgliedern der Partei ausrichten, also: Wenn die CDU nur 20 Prozent Frauen hat, dann darf ihr auch nur eine 20-Prozent-Quote aufgedrückt werden.

**Elke Ferner:** Wir wählen aber nicht ein Parlament der Parteien, sondern ein Parlament, das die Bevölkerung repräsentiert. Und die Bevölkerung besteht nun mal zu etwas mehr als 50 Prozent aus Frauen. Dass die sich weniger stark in Parteien engagieren, ist ein anderes Thema. Man kann nicht die eine Hälfte der Bevölkerung reduzieren auf ihren Anteil in einer Partei. Nein, wenn der politische Wille da ist, dann ist das Juristische kein Problem.

Ansprechpartnerinnen für Gender im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>

## RÜCKBLICK

- **57** Zurück in die Vergangenheit?
- 63 Ein anderer Blick auf Wirtschaft, Arbeit und Soziales
- 67 Wie können Konventionen und Gesetze helfen, Gewalt an Frauen einzudämmen?
- 71 Für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Mediensektor in Asien-Pazifik
- **75** Elfenbeinturm mit gläserner Decke?!
- **79** Ein neues "Normal"





"Nein zur Gender-Theorie": Demonstrant\_innen bei den so genannten "Demonstrationen für alle' in Frankreich – Foto: Reuters.

# Zurück in die Vergangenheit?

Viele haben sich in den letzten Jahren Sorgen gemacht, dass dem Feminismus in seiner Gleichsetzung mit Gender das Politische abhandengekommen sei. Die gute Nachricht ist: Diese Angst war unbegründet.

2012 gingen auf einmal Hunderttausende in Frankreich gemeinsam auf die Straße. Neu war nicht die Tatsache, dass diese Menschen protestierten – so etwas kommt in Frankreich durchaus häufiger vor –, sondern wogegen. Unter dem Motto "Demonstration für alle" (Manif pour Tous) versammelten sich Protestler\_innen aus unterschiedlichen Ecken des gesellschaftlichen Spektrums, um sich gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und die sogenannte Gender-Ideologie auszusprechen, die sie als verantwortlich für diesen politischen Vorstoß betrachteten.

## Feindbild "Gender-Ideologie"

In die gleiche Logik reihten sich die massiven Proteste gegen die Einführung eines sogenannten ABC der Gleichheit (ABCD de l'égalité) ein, das die französische Regierung ins Schulprogramm integrieren wollte. Am Ende schob die Regierung es auf unbestimmte Zeit auf. Die Protestierenden hatten sich durchgesetzt.

Im Zuge der jüngsten Regierungsumbildung in Frankreich, bei der Ministerin Najat Vallaud-Belkacem, bis dahin unter anderem verantwortlich für Gleichstellung, zur Bildungsministerin befördert wurde, zeigte sich noch einmal, dass "Gender" mittlerweile zum Kampfbegriff geworden ist: Die Nominierung wurde von konservativen Kräften als Provokation und Kriegserklärung gegen die Familie gewertet, hatte Vallaud-Belkacem doch zuvor in ihrem alten Ressort sowohl die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare verantwortet als auch das "ABC der Gleichheit".

In Baden-Württemberg – einem ganz anderen gesellschaftlichen Kontext – formierte sich zeitlich fast parallel und mit gleicher Stoßrichtung ein Bündnis gegen die Integration des Themas "sexuelle Vielfalt" in den zukünftigen "Bildungsplan 2015". Hier bemühten die Demonstrant\_innen ebenso wie in Frankreich immer wieder das ominöse Feindbild der "Genderldeologie", die die frühzeitige Sexualisierung von Kindern und ihre Orientierung in Richtung Homosexualität zum Ziel habe.

In Ostmitteleuropa ist der Begriff "Gender-Ideologie" schon länger im Umlauf. Heiß ersehnt, markiert die Aufnahme in die Europäische Union (EU) doch den Wendepunkt in Sachen Geschlechtergerechtigkeit. Mittlerweile wird gegen Gender als von der EU aufgezwungenem, mit den kulturellen Vorstellungen in Polen, Ungarn, der Slowakei etc. nicht zu vereinbarem Konzept Stimmung gemacht. Und die Fronten verhärten sich. So sehr, dass eine Verständigung zwischen den Protagonist\_innen beider Seiten kaum mehr möglich ist. Um der politischen Radikalisierung entgegenzuarbeiten, wagte die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Mitte Juni in Budapest schon den zweiten Versuch, Menschen unterschiedlicher Auffassung Geschlechterrollen und Gender betreffend ins Gespräch zu bringen. Bei der Veranstaltung "Gender revolution – Theological and political battlefield in East-Central Europe?" kamen sowohl Vertreterinnen aus dem konservativen, meist kirchlichen Spektrum als auch aus der Genderforschung zu Wort. Am Ende waren sich alle Beteiligten einig: Zwar blieben inhaltliche, ideologische Differenzen bestehen, doch wurde der Austausch "mit anders denkenden" als fruchtbar empfunden, und dazu ermuntert, diesen seltenen Raum, wo über Geschlechterfragen unter Andersgesinnten die Rede ist, zu bewahren

## Stimmungsmache – im Netz und in der realen Welt

Ein geglückter Austausch lässt sich leider nicht immer gewährleisten. Insbesondere das Internet senkt die Hemmschwelle für beleidigende, diffamierende Kommentare oder auch böswillige inhaltliche Verdrehungen. Tonangebend sind hier, wie in so vielen gesellschaftspolitischen Arenen, Männer, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, gegen den "Gleichstellungswahn" und die "Diktatur der Gender-Ideologie" vorzugehen, indem sie ihre Meinung kundtun. Besonders beliebt ist die Kommentarfunktion unter thematisch relevanten Artikeln oder auch die Anzettlung eines Shit-Storm gegen einzelne, in ihren Augen, "Gender-Ideolog\_innen".

In der Studie "Maskulismus" analysiert der Sozialwissenschaftler Robert Claus die deutsche Maskulisten-Szene. Das Bemerkenswerte an diesen Männern ist die Wut, die sie antreibt – im Netz und in der realen Welt. Der Soziologe Michael Kimmel hat sie sich – mit Schwerpunkt USA – genauer angesehen. Ende Juni stellte er Teile seiner Ergebnisse, die als Buch bisher nur auf Englisch erschienen sind, in der Veranstaltung "Angry white Men: Maskulinität am Ende einer Ära" in der FES in **Berlin** vor.

60 RÜCKBLICK Zurück in die Vergangenheit? 61



Der Soziologe Michael Kimmel bei der Veranstaltung "Angry White Men" in der FES Berlin – Foto: Jens Schicke

Gemeinsam ist diesen wütenden Männern, dass sie meist weiß sind und das Gefühl haben, ihnen sei im Zuge der Emanzipation der Frauen, aber auch nichtweißer Bevölkerungsgruppen, etwas weggenommen worden, auf das sie glaubten, ein Anrecht zu haben. "Aggrieved entitlement" nennt Kimmel diesen Phantomschmerz. Schuld an ihrem sozialen Abstieg, den viele dieser Männer erleben mussten, sind objektiv die neoliberal motivierten Politiken, die von weißen Männern wie ihnen auf den Weg gebracht wurden. Subjektiv scheint ihnen jedoch die Gleichstellung von Frauen und gesellschaftlichen Minderheiten ausschlaggebend für ihre persönliche Misere.

Soziale Prekarität macht anfällig für extreme Positionen und das Suchen von Sündenböcken. Dieser simple Zusammenhang ist schon lange bekannt. Da verwundertes kaum, dass die Anti-Gender-Bewegung an vielen Orten in Europa derzeit regen Zulauf hat.

## **Zunehmend** radikal

Eine Analyse auf der europäischen Ebene wagte die FES-Veranstaltung "Im Rückwärtsgang durch Europa? Zur Stimmungsmache gegen Feminismus, Vielfalt und reproduktive Rechte" im September in Berlin. Estelle Ferrarase, Professorin für Philosophie in Straßburg und eine der Mitinitiatorin einer Petition, die sich für die Einführung des "ABC der Gleichheit"

in Frankreich ausspricht, berichtete über eine zunehmende Radikalisierung der Gender-Gegner\_innen. Auch Spanien war Thema in der Diskussion: Dort hatte die amtierende konservative Regierung einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der –von den deutschen Medien weitgehend ausgeblendet –das Recht auf Abtreibung innerhalb einer bisher gültigen gesetzlichen Frist in großen Teilen aushebelte. Die Konsequenzen waren allen Beteiligten klar: eine Verschiebung bisher legaler Schwangerschaftsabbrüche in die Illegalität oder ins europäische Ausland – zulasten der Frauen, die sich für einen Abbruch entscheiden. Am Ende scheiterte der Gesetzentwurf am Protest der Spanier\_innen. Dass solch ein Vorstoß in Spanien heute aber überhaupt in die Debatte eingebracht wurde, zeigt, dass nicht einfach davon ausgegangen werden kann, dass einmal erkämpfte Rechte bestehen bleiben.

Für oder gegen Gender zu sein, so viel wurde bei der Veranstaltung klar, wird immer mehr zur zentralen Chiffre für progressive oder eben konservativ-reaktionäre Politik. War in der Vergangenheit die Frage "Wie hältst du's mit der Wirtschaftspolitik?" ausschlaggebend für die politische Ortsbestimmung, ist die Positionierung für oder gegen Gender und Vielfalt auf dem besten Weg, der Wirtschaftspolitik den Rang abzulaufen.

Ansprechpartnerin für Gender in Mittel- und Osteuropa in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:
DR. STEFANIE ELIES <Stefanie.Elies@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender in Ostmitteleuropa im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest: ESZTER KOVÁTS <eszter.kovats@fesbp.hu>

Ansprechpartnerinnen für Gender im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>



Flyer der Veranstaltung "Genderungleichheiten und ihre Folgen: Wie arbeiten und wirtschaften wir weiter? – Gestaltung: Dominik Ziller

## Ein anderer Blick auf Wirtschaft, Arbeit und Soziales

Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für Männer und Frauen funktioniert nur mit partnerschaftlicher Familienarbeit zuhause. Die neue Regierungsinitiative des Elterngeld Plus ist dabei ein erster wichtiger Schritt in Richtung Familienarbeitszeit. Das machte Bundesministerien Manuela Schwesig, unter anderem zuständig für Familie und Frauen, im September in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Berlin deutlich.

Bei der zweiten Gender Studies Tagung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der FES tauschten sich rund fünfhundert Gäste mit den Expert\_innen der Veranstaltung "Genderungleichheiten und ihre Folgen. Wie arbeiten und wirtschaften wir weiter?" aus. Bei aller Freude über das bisher Erreichte wurde deutlich: Das große Fragezeichen bleibt weiterhin die Vereinbarkeit von familiärer Sorgearbeit mit der Berufstätigkeit. Nur wenn Männer partnerschaftlich ihren Teil hierzu beitragen und damit beruflich auchmal kürzer treten, können Frauen – insbesondere berufstätige Mütter – ihre Erwerbsarbeit ausbauen. Dabei deutet alles darauf hin, dass eine andere Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen der Schlüssel zu mehr Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität für alle ist.

Und dass das nicht nur wünschenswert, sondern gar geboten ist, daran blieb kein Zweifel. Denn: Eine direkte Folge der stark eingeschränkten Berufstätigkeit von Frauen ist nicht nur geringeres Einkommen, sondern – logischerweise – auch eine deutlich geringere Rente als die ihrer männlichen Altersgenossen. Über vierzig Prozent der Frauen der Babyboomer-Generation müssen sich nach einer Studie der Politikwissenschaftlerinnen Barbara Riedmüller und Ulrike Schmalreck aus dem Jahr 2012 auf Altersarmut einstellen. Zwar sind sie so gut ausgebildet, wie keine Frauengeneration vor ihnen, doch fehlende Möglichkeiten der Kinderbetreuung, gesellschaftliche Rollenerwartungen etc. haben dafür gesorgt, dass sie im besten Falle Teilzeit gearbeitet haben. Christina Boll vom Hamburgischen Welt-Wirtschaftsinstitut (HWWI) illustrierte die Verluste, die eine Akademikerin, die mehrere Jahre wegen der Kinder ausgesetzt und dann zunächst nur Teilzeit gearbeitet hat, in ihrem Vortrag bei der Tagung.

## Wer denkt schon an die Folgekosten?

Selbst wenn diese "Musterfrau" ihre Vollzeitarbeit nur drei Jahre lang unterbricht und davon nur ein Jahr komplett aussetzt und zwei Jahre Teilzeit arbeitet, hat sie Einkommensverluste von über 130.000 Euro im Vergleich zu einer Frau vergleichbarer Qualifikation, die in dieser Zeit Vollzeit gearbeitet hat. Schlimmer noch: Auch wenn die "Musterfrau" nach diesen drei Jahren wieder Vollzeit arbeitet, so wird sie doch spürbar weniger verdienen, als eine Frau, die ununterbrochen Vollzeit gearbeitet hat. Das sind die so genannten Folgekosten, die wohl kaum eine Frau mitdenkt, wenn sie und ihr Partner die Organisation der Elternzeit planen. Dieser Befund gilt, wenn auch in abgeschwächter Form, ebenso für Nicht-Akademikerinnen und wirkt sich natürlich auch auf die Zeit nach der Berufstätigkeit aus.

Im Durchschnitt verfügen Frauen in Deutschland nur über die Hälfte der Rentenansprüche im Vergleich zu Männern. Ostdeutsche Frauen stehen dabei, aufgrund meist ununterbrochener Berufsverläufe – noch – besser da als Frauen in Westdeutschland. Altersarmut ist in Deutschland ein weibliches Phänomen und wird zukünftig, da sind sich Expert\_innen einig, noch zunehmen.

## Schlechter Lohn, wenig Absicherung

In Asien, wo die Mehrheit der Menschen informell arbeitet, steht es um die soziale Absicherung im Alter, aber auch während Krankheit, nach einer Geburt etc. noch schlechter. Da soziale Absicherung auch hier zum größten Teil an formelle Arbeitsverhältnisse geknüpft ist, profitiert nur eine kleine Minderheit der Arbeitenden davon. All jene, die ohne Vertrag, auf eigene Rechnung, in Heimarbeit oder in Fabriken arbeiten, die nicht angemeldet sind, stehen im Fall der Fälle sehr schlecht da. Frauen sind von dieser Problematik besonders stark betroffen

Staatliche Reformen im sozialpolitischen Bereich haben vor diesem Hintergrund immer eine starke Genderdimension, die mitbedacht werden muss, sollen die Reformen Fortschritte für beide Geschlechter bringen.

Eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung (Gender Responsive Budgeting, GRB) auf nationaler, Provinz- und kommunaler Ebene ist daher ein zentrales Instrument, um geschlechtergerechte Politik zu fördern. Doch Behörden und Politik müssen für dieses Instrument häufig erst sensibilisiert werden. Die FES unterstützt seit vielen Jahren das Frauen-Komitee der ASEAN-Gemeinschaft, eines Zusammenschlusses von zehn südostasiatischen Staaten, in der Umsetzung von GRB. In Zusammenarbeit mit dem indonesischen Frauenministerium wurde im August dieses Jahres speziell ein Schwerpunkt auf die geschlechtergerechte Ausgestaltung und Finanzierung von sozialen Sicherungssystemen durch GRB gelegt, um den besonderen Bedürfnissen von Frauen und Männern im (Arbeits-) Leben Rechnung zu tragen.

Dabei wurde deutlich, dass sich sowohl der politische Wille als auch die institutionellen Kapazitäten zur Umsetzung von GRB von Land zu Land in 66 RÜCKBLICK 67

der ASEAN-Region unterscheiden. Doch besteht auch merklich größeres Interesse am Thema generell, das die FES gerne unterstützt. Durch eine effektive Vernetzung der einzelnen Initiativen untereinander sowie die tiefergehende Verankerung des Themas auf der regionalen Ebene, wird die Stiftung die konkrete Arbeit zu GRB weiter stärken.

## Schöner wär's, wenn's schöner wär...

Doch wie könnte eigentlich eine Wirtschafts- und Arbeitswelt aussehen, die sich die Prinzipien von Sorge und Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben hat? Dieser nicht ganz einfachen Frage widmet sich seit einiger Zeit die internationale Gender-Arbeit der FES in Berlin.

In Zusammenarbeit mit Aktivist\_innen und Frauenverbänden aus verschiedenen Kontinenten wurde hier ein Papier erarbeitet, das die Grundzüge einer solchen Wirtschaftsordnung umreißt. Im Juni bei der Jahreskonferenz der *International Association for Feminist Economics* in Ghana wurde das Konzept vorgestellt, diskutiert und ergänzt. Sorgend, die reproduktive unentgeltliche Arbeit also mitdenkend und nachhaltig, so sähe sie demnach aus, diese bessere Welt. Ein ganz anderer Blick also auf Wirtschaft, Arbeit und Soziales, der sich eröffnet, wenn man Geschlechtergerechtigkeit zum Ausgangspunkt der Überlegungen macht.

Ansprechpartnerinnen für Gender im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>

Ansprechpartner für Gender im Referat Asien und Pazifik der Friedrich-Ebert-Stiftung: MARTIN ALBERS <Martin.Albers@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Regional-Büro Singapur der Friedrich-Ebert-Stiftung:
JULIA MÜLLER <Julia.Muller@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Globale Politik und Entwicklung der Friedrich-Ebert-Stiftung:
DR. CÄCILIE SCHILDBERG < Caecilie. Schildberg@fes.de>



Viele Blätter, viele Namen, viele Opfer: Protestaktion zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2011 – Foto: Reuters

# Wie können Konventionen und Gesetze helfen, Gewalt an Frauen einzudämmen?

Im März dieses Jahres veröffentliche die Europäische Agentur für Grundrechte eine Untersuchung, die verstörte: Eine von drei Frauen, die für die Studie befragt wurden, hatte seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Das Thema "Gewalt gegen Frauen" bleibt damit leider aktuell.

2011 verabschiedete der Europarat, in dem neben den 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union weitere 19 Länder vertreten sind, die sogenannte Istanbul-Konvention. Dieses Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt ist am 1. August dieses Jahres in Kraft getreten. Damit existiert für den "Großraum Europa" zum ersten Mal ein völkerrechtlich bindendes Instrument, um Gewalt an Frauen umfassend zu bekämpfen.

Die Krux: Nur wenn ein Staat die Konvention unterschreibt und dann ratifiziert, also umsetzt, kann dieses Rechtsdokument seine volle Wirkung entfalten. Deutschland gehörte zwar zu den erstunterzeichnenden Ländern, prüft seither jedoch die Voraussetzungen für die Umsetzung. Wann die Konvention dann hierzulande tatsächlich rechtlich verbindlich wird. ist momentan noch nicht absehbar

Eine Hürde bei der Umsetzung in Deutschland hat die Zivilgesellschaft schon vor Längerem ausgemacht. Das deutsche Sexualstrafrecht, insbesondere der Paragraf 177 des Strafgesetzbuches, der die Straftaten sexuelle Nötigung und Vergewaltigung beinhaltet, entspricht nicht den Ansprüchen, die in der Istanbul-Konvention formuliert werden. Während hier die Einvernehmlichkeit sexueller Handlungen bzw. deren Fehlen ins Zentrum der Frage gestellt wird, ob sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung vorliegt, spielt das im deutschen Strafrecht eine untergeordnete Rolle. Ausschlaggebend für eine Verurteilung wegen sexueller Nötigung oder Vergewaltigung ist im Paragrafen 177 vielmehr, ob sich das Opfer "ausreichend" gewehrt habe, körperliche Gewalt zum Einsatz kam oder eine schutzlose Lage bestand. Diese Kriterien haben die urteilenden Gerichte in der Vergangenheit sehr eng ausgelegt.

### Das Recht hat Lücken

De facto ergab sich damit eine Reihe von Schutzlücken, die eine Verurteilung wegen Vergewaltigung in vielen Fällen ausschloss, in denen sie durchaus berechtigt gewesen wäre. Diese unbefriedigende Situation war neben der ebenso unbefriedigenden, weil trotz Fristverstreichung noch immer nicht erfolgten Umsetzung der Richtlinie der Europäischen Union (EU) gegen Menschenhandel durch die Bundesregierung – Thema einer Fachkonferenz im Oktober dieses Jahres: Unter dem Titel "Fokus Frauenrechte: Welche Konsequenzen ergeben sich aus der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel und der Europaratskonvention von Istanbul?" kamen



Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hielt ein Grußwort vor dem voll besetzen Saal bei der Fachkonferenz "Fokus Frauenrechte" - Foto: Jens Schicke

über 200 Fachleute aus dem In- und Ausland in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Berlin zusammen, um über die notwendigen Schritte zur Umsetzung sowie zentrale Inhalte der beiden Rechtsdokumente zu diskutieren.

Die Veranstaltung in Kooperation mit dem Bundesweiten Koordinierungskreis Menschenhandel (KOK e.V) und Terre des Femmes bezog auch die zuständigen Ministerien in die Diskussion ein. So leistete sie einen politikberatenden Beitrag zur Umsetzung dieser beiden menschen- und vor allem frauenrechtlich wichtigen Rechtstexte. Hinsichtlich Paragraf 177 scheint tatsächlich endlich etwas in Bewegung gekommen zu sein. Mittlerweile prüft das zuständige Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz die Notwendigkeit einer Änderung im Hinblick auf die Anforderungen der Istanbul-Konvention und will bestehende Schutzlücken schließen.

### Ein Gesetz als Meilenstein

Auch die Regierung Tadschikistan ist entschlossen, der Gewalt gegen Frauen Einhalt zu gebieten. Nach Schätzungen haben über 80 Prozent der Frauen und Mädchen dieses zentralasiatischen Landes Gewalt erfahren. Vor dem Hintergrund einer stark patriarchal geprägten Gesellschaft suchen Betroffene nur selten Hilfe. Hinzu kommt, dass das Angebot an Schutz und Beratung besonders in den ländlichen Regionen gering ist. Im Frühjahr 2013 trat erstmals ein Gesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in

70 RÜCKBLICK

Kraft. Das ist ein wichtiger Meilenstein für dieses knapp acht Millionen Staatsangehörige zählende Land im Bereich der Strafverfolgung und Prävention von Gewalt gegen Frauen. An der Umsetzung des Gesetzes muss sich die Regierung nun messen lassen.

In der Hauptstadt Duschanbe soll erstmals ein staatlich finanziertes Frauenhaus entstehen, das medizinische, psychologische und rechtliche Beratung für die Opfer von Gewalt bieten soll. Um diese Initiative und eine effiziente Umsetzung des neuen Gesetzes zu fördern, kooperiert die FES Tadschikistan mit dem staatlichen Frauenzentrum, das beim Bürgermeisteramt der Stadt angesiedelt ist. Neben Studien und Diskussionsrunden zum Straf- und Familienrecht des Landes lud das lokale FES-Büro in Duschanbe im Juni 2014 nach Deutschland ein: Eine vierköpfige Delegation des Bürgermeisteramtes lernte in Berlin, Hannover und Nienburg Ansätze eines vernetzten Gewaltschutzes kennen. Im Mittelpunkt des Austauschs stand die Zusammenarbeit von Polizei, Behörden und Ärzt\_innen sowie zivilgesellschaftlicher Initiativen. Die Delegation hatte Einblick in die Arbeitspraxis von zwei Frauenhäusern und nahm hilfreiche Ansätze, etwa wie von Gewalt mitbetroffene Kinder geschützt werden können, mit nach Hause.

Ansprechpartnerinnen für Gender im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de> CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>

Ansprechpartnerin für die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung Tadschikistan und Kirgistan zu Gender: BRITTA UTZ, Landesvertreterin <Britta.Utz@fes.kg>



Viel hat sich verändert im Medienbereich seit der Verabschiedung der Aktionsplattform von Peking 1995 bei der vierten UN-Frauenkonferenz. Doch auch heute sind Frauen nur selten Medienmacherinnen, Geschlechterstereotype sind in den Medien dagegen allgegenwärtig – Foto: Reuters

## Für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Mediensektor in Asien-Pazifik

Im kommenden Jahr jährt sich die Verabschiedung der "Bejing Platform of Action", Ergebnisdokument der vierten UN-Frauenkonferenz 1995, zum zwanzigsten Mal. Noch immer sind die Forderungen, die hier zusammengetragen wurden, zentrale Bezugspunkte der internationalen Frauenbewegung. Der Abschnitt über "Frauen und Medien" im Dokument forderte explizit die verstärkte Teilnahme und besseren Zugang von Frauen zu Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozessen in und durch Medien und neuen Technologien der Kommunikation. Außerdem wurden Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen und nicht stereotypisierten Darstellung von Frauen in den Medien gefordert.

Im Rahmen des regionalen Medienprojekts setzt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Asien daher seit Jahren für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Mediensektor ein. In Kooperation mit der regionalen Medienorganisation Asia-Pacific Broadcasting Union (ABU) veranstaltete die FES 2006 in Peking ein internationales Seminar, das die Fortschritte hinsichtlich der Geschlechterpolitik in Rundfunk- und Medienorganisationen betrachtete: Was hatte sich in den zehn Jahren seit Verabschiedung der Aktionsplattform verändert?

Das Ergebnis war ernüchternd. Studien und Berichte sowie Diskussionen zeigten mehr als deutlich: Noch immer waren Frauen im Mediensektor unzureichend repräsentiert und nach wie vor wurden sie in den Medien oft diskriminierend dargestellt. Zusammen mit dem Asia-Pacific Institute for Broadcasting Development (AIBD) wurde daraufhin ein mehrjähriges Projekt ins Leben gerufen, das auf Grundlage einer empirischen Studie Genderrichtlinien für Rundfunk- und Fernsehanstalten erarbeitete. Als ein Ergebnis dieses Projekts wurde 2011 "Broadcasting for All – Focus on Gender" veröffentlicht, eine handliche Broschüre mit praxisorientierten Empfehlungen, die Rundfunkanstalten in Asien-Pazifik bei der Einführung von Genderaspekten in ihrer Programmgestaltung und Organisationsstruktur unterstützt.

Aufbauend auf diesen Richtlinien fand im Oktober 2013 in Hanoi das zweite Gender Medienforum "Women with the Wave" statt, organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Asia-Pacific Broadcasting Union, der UNESCO sowie der International Telecommunication Union (ITU). Mehr als 100 Vertreter\_innen von Rundfunk- und Fernsehanstalten, Regierungen, Medienorganisationen, Gewerkschaften, Wissenschaft sowie Nichtregierungsorganisationen nahmen an dem Forum teil. Im Rahmen des Forums wurde mit Beispielen und Projekten veranschaulicht, wie Rundfunk- und Medienorganisationen dazu beitragen können, mehr Geschlechtergerechtigkeit in und durch Medien zu erreichen. Alle Teilnehmer\_innen des Forums



Stellt man den Fernseher an, kann man den fixen Geschlechterbildern kaum entgehen. Sendungen, bei denen es um die Partner\_innen-Suche geht, wie hier in China, sind dabei nur die Spitze des Eisbergs - Foto: Reuters

waren sich allerdings einig, dass es noch weitaus größerer Anstrengungen bedarf, um sicherzustellen, dass die Medien alle Stimmen der Gesellschaft repräsentieren und reflektieren. Denn nur dann können Medien ihre Rolle der Informationsverbreitung und demokratischen Meinungsbildung umfassend erfüllen. Am Ende der zweitägigen Veranstaltung verabschiedeten die Teilnehmer\_innen daher das "Hanoi-Statement", eine Liste mit konkreten Empfehlungen für den Mediensektor.

Im "Hanoi-Statement" fordern die Teilnehmer\_innen unter anderem eine neue gendersensible Unternehmenskultur in den Rundfunkanstalten. Die von der FES entwickelten Genderrichtlinien geben hier eine wertvolle Orientierung. Sie haben bereits dazu beigetragen, in einigen Rundfunkanstalten Gender-Pilotprojekte zu initiieren, durch die mehr Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden soll – sowohl innerhalb der Organisation als auch bei den Sendeinhalten.

Ansprechpartner für Gender im Referat Asien und Pazifik: MARTIN ALBERS < Martin. Albers@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Regionalbüro Singapur der Friedrich-Ebert-Stiftung: JULIA MÜLLER, Büroleiterin < Julia. Mueller@fes-asia.org>



Flyer der FES-Veranstaltung "Potenzial Vielfalt oder hinderliches Defizit? Dimensionen sozialer Ungleichheit und ihre Bedeutung für die Karrierewege von Wissenschaftler\_innen" in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung

# Elfenbeinturm mit gläserner Decke?!

Theoretisch kann jede Person mit Abitur studieren.
Theoretisch kann auch jede Person mit Hochschulabschluss, die entsprechende Leistungen vorweisen kann, eine wissenschaftliche Karriere einschlagen.
Theoretisch.

Praktisch ist dem nicht so. Die meisten Studierenden kommen aus Familien, in denen bereits mindestens ein Elternteil, wenn nicht sogar beide, einen akademische Bildungsabschluss haben. Menschen mit Migrationshintergrund sind unterrepräsentiert, ebenso solche aus Arbeiter\_innenhaushalten. Frauen schlagen seltener als Männer eine wissenschaftliche Laufbahn ein. Wie also können Hochschulen für gesellschaftliche Vielfalt durchlässiger werden?

Dieser Frage widmet sich – jenseits des universitären Elfenbeinturms – auch die Wissenschaft mittlerweile selbstkritisch. Unter dem Stichwort Diversity – Diversität oder Vielfalt – beschäftigen sich Hochschulen mit der Frage, welche Möglichkeiten es gibt, Zugangsbarrieren und Exklusionsmechanismen abzubauen. Klar ist: Wer mehr Vielfalt in der Wissenschaft will, muss Vielfalt an den Hochschulen fördern. Universitäten für Menschen jeder Herkunft offener gestalten und wissenschaftliche Karrieren für alle attraktiv machen. Bisher wird soziale Ungleichheit an Universitäten nicht nur fortgesetzt, sondern auch erneuert und reproduziert.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich diesem Problem gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg gewidmet. Unter dem Titel "Potenzial Vielfalt oder hinderliches Defizit? Dimensionen sozialer Ungleichheit und ihre Bedeutung für die Karrierewege von Wissenschaftler\_innen" trugen siebzig Teilnehmende und über zwanzig Nachwuchswissenschaftler\_innen sowie etablierte Expert\_innen im Juni dieses Jahres zwei Tage lang zusammen, wie auf den Trend der sozialen Schließung der Hochschulen reagiert werden kann. Dabei wurde klar: Besonders den Lehrenden kommt bei der (Re-)Produktion von Ungleichheiten eine strukturelle Rolle zu, denn sie gestalten den wissenschaftlichen Alltag für den Nachwuchs.

#### Wo sind all die Frauen hin?

Bisher liegt der Frauenanteil bei Professuren in Deutschland bei knapp 20 Prozent. Zwar stellen sie die Hälfte aller Studierenden, dann noch 40 Prozent der Promovierenden, aber bis zur Professur schaffen es nur wenige und auch im akademischen Mittelbau sind sie unterrepräsentiert. Das hat zum einen mit den Strukturen in der Wissenschaft zu tun: fast ausschließlich befristete Arbeitsverhältnisse, fast obligatorische häufige Orts- und



Unsere Gesellschaft ist bunt, die Unis sollten es zunehmend werden -Foto: picture alliance

Universitätswechsel und erst im Alter von ungefähr 40 Jahren entscheidet sich für die meisten, ob sie tatsächlich langfristig in der Wissenschaft bleiben können oder doch umsatteln müssen. Viele Frauen schreckt das ab, denn Kinder sind mit diesen Anforderungen nur schwer zu vereinbaren.

Andererseits geht es auch um Macht: Die Wissenschaft ist ein kompetitives Berufsfeld und damit ebenso wie andere Gesellschaftsbereiche von Auseinandersetzungen um Macht, Einfluss und Posten geprägt. Alte Seilschaften und Kommunikationsstrukturen, die in einem überwiegend männlichen und weißen Personenkreis begründet wurden, sind somit für das Fortbestehen der häufig wenig transparenten und viele Personengruppen ausschließenden Strukturen mitverantwortlich. Der Versuch dies zu ändern und durch anonymisierte Bewerbungsverfahren Stellen zu besetzen, steht dabei der traditionellen Rekrutierungspraxis entgegen, in der Posten durch persönliche Absprachen vergeben werden. Wie es bei Kooptationsverfahren üblich ist, kommen dabei vor allem die zum Zuge, die denen, die sie auswählen, ähnlich sind. Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder aus Nicht-Akademiker-Familien ziehen dabei in der Regel den Kürzeren. Ab einem gewissen Punkt auf der Karriereleiter geht es für sie nicht mehr weiter. Die berühmte "gläserne Decke" lässt grüßen.

78 RÜCKBLICK 79

#### Beeinträchtigt ja, behindert aber durch andere

Eine noch kaum berücksichtigte Gruppe an den Hochschulen und in der Wissenschaft sind Menschen mit Behinderung bzw. Beeinträchtigung. Die Universitäten stellen sich zwar räumlich darauf ein, barrierefreies Studieren und Arbeiten zu ermöglichen, jedoch ist das zu wenig, bekräftigt es doch vor allem die fälschliche Annahme, Behinderung sei immer gleichbedeutend mit der Nutzung eines Rollstuhls. Dabei unterscheidet die einschlägige Wissenschaft zwischen individuellen Beeinträchtigungen, die ein Mensch in ganz unterschiedlicher Art und Weise haben kann und der Behinderung, die gesellschaftlich konstruiert wird. Die berufliche Zukunftsperspektive von Akademiker\_innen mit Beeinträchtigung oder Behinderung ist dabei leider sehr ungewiss. Trotz hoher Qualifizierung, haben sie mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche zu kämpfen. Das gilt für Jobs außerhalb der Universitäten, aber leider auch im akademischen Kontext.

Dabei ist die Problematik komplex. Ebenso differenziert muss in der Analyse vorgegangen werden, will man, dass Hochschulen und Wissenschaft gesellschaftliche Vielfalt angemessen widerspiegeln. Eine intersektionale – also verschiedene Dimensionen von Diskriminierung verschränkende – Perspektive ist daher ein Muss. Eine Strategie zur Steigerung von Diversität, die auf der Höhe der Zeit ist, muss diese Vielfalt erkennen und ihre Übersetzung in den Berufsalltag von Wissenschaft möglich machen.

Ansprechpartnerin für Gender in der Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn:
DR. URSULA BITZEGAIO <Ursula.Bitzegaio@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender/Intersektionalität im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>



Engagiert beim Thema: Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales im Oktober 2014 bei der Veranstaltung "Wer schneller lebt, ist früher fertig...Neue Arbeitszeitoptionen auf dem Prüfstand" – einer Kooperation von FES und Hans-Böckler-Stiftung – Foto: Jens Schicke

# Ein neues "Normal"

Wie wollen wir leben? Wofür möchten wir Zeit?
Und wie viel Arbeit ist "normal"? Zeitpolitik ist das neue Thema, das die Massen bewegt: Familie,
Pflege, Freizeit, Gesundheit, Arbeit, Alter –
das Leben ist vielfältig und nimmt mitunter überraschende Wendungen.

80 RÜCKBLICK Ein neues "Normal" 81

Immer mehr Menschen wünschen sich mehr Flexibilität in der Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebenszeit. Unter dem Titel "Wer schneller lebt, ist früher fertig... Neue Arbeitszeitoptionen auf dem Prüfstand" thematisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung diese Fragen bei einer Fachtagung im Oktober.

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, brachte die Herausforderung, die sich der Politik stellt, auf den Punkt: "Die Frage ist, wie flexibel ist normal? Wir brauchen eine Regelung, die den vielfältigen Lebensrealitäten gerecht wird. Noch haben wir den Flexibilitätskompromiss nicht gefunden."

#### 1. Teilzeit wird leicht zur Falle

Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Kompromiss, der individuelle Lebensumstände und Erwerbsverläufe respektiert, der ein "Sowohl als auch" von Familie und Beruf, von Pflege und Altersvorsorge ermöglicht. Das Recht auf Teilzeit, das im Jahr 2000 mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz geschaffen wurde, war ein wichtiger Schritt: Es macht das reduzierte Arbeiten möglich und erleichtert damit besonders die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Allerdings sind es bisher vor allem Frauen, die Teilzeit arbeiten. Oft handelt es sich dabei um Stellen mit eng beschränktem Stundenumfang, häufig sogar um Minijobs. Diese Beschäftigungsverhältnisse haben den entschiedenen Nachteil, dass sie weder die eigenständige Existenzsicherung noch eine Absicherung im Alter ermöglichen. Auch Weiterentwicklungs- und Aufstiegschancen sind Teilzeit Arbeitenden oft verwehrt.

Eine zentrale Frage für die Diskussion um neue Arbeitszeitmodelle ist daher, wie Menschen, die eine berufliche Pause machen oder vorübergehend Arbeitszeit reduzieren wollen, ihre Karrierechancen erhalten können, gesellschaftlich akzeptiert und finanziell abgesichert werden. Das also sind die Herausforderungen. Immerhin: Das Recht, von Teil- wieder auf Vollzeit aufzustocken, soll in dieser Legislaturperiode kommen.

Die Elternzeit und das Elterngeld haben gezeigt, dass finanzielle Anreize individuelle Entscheidungen beeinflussen und gesamtgesellschaftlich zu Veränderungen führen: Mehr Männer nehmen sich – wenn auch meist

nur zwei Monate – Zeit, um gleichberechtigter an der Kindererziehung teilzuhaben. Gesellschaftlicher Wandel ist also möglich, wenn die Politik es schafft, Angebote bereitzustellen, die der Lebensrealität und den Wünschen der Bürger\_innen entsprechen. Ein weiterer Schritt nach vorn deutet sich durch die Idee der Familienarbeitszeit an: Dieser Ansatz der partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit stößt auf breites Interesse in der Gesellschaft. Viele derjenigen, die bisher Vollzeit arbeiten, wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie, für ihr soziales oder politisches Engagement oder für ihre berufliche Weiterbildung. Sie fürchten jedoch, dass eine Reduzierung der Arbeitszeit ihre Aufstiegschancen verschlechtert und ihre Kolleg\_innen aufgrund zunehmender, verschobener Arbeitsbelastung letztlich die Konsequenzen zu tragen haben.

Flexibilität wurde bisher vor allem den Arbeitnehmer\_innen als Balance-akt abverlangt: Erreichbarkeit rund um die Uhr, ermöglicht durch die digitale Vernetzung, hat zu einer Omnipräsenz von Arbeit im Leben geführt. Von überall aus kann gearbeitet werden – aber soll es das auch? Gleichzeitig versuchen Betriebe und Unternehmen durch Kitas und Modelle der Altersteilzeit, Fachkräfte zu halten und familienfreundlicher zu werden. Auch Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen fordern eine bessere Vereinbarkeit von Pflegeverantwortung und Beruf. Das Hin und Her zwischen Erwerbs-, Familien- und Pflegearbeit schlaucht – und immer mehr Menschen leiden an Folgekrankheiten. Das Burn-out-Syndrom, vielfach durch die Medien gegangen, ist da nur die Spitze des Eisbergs.

#### 2. Gesucht: Der "Pflege-Dreiklang

Eine konkrete Idee ist das flexible 1 000-Stunden-Pflegebudget, das bereits 2011 von der FES entwickelt wurde. Dieses Zeitkonto für Pflege erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Doch auch wenn familiäre Pflege- und Betreuungsarbeit von Frauen und Männern unterstützt werden muss, gibt es einen steigenden Bedarf an professioneller Kinderbetreuung und Pflege. Der bereits bekannte Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur, der bisher nur in der Debatte um Kinderbetreuung diskutiert wurde, ist somit auch in der Pflege Grundlage für eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie.

### 82 RÜCKBLICK

Dazu gehört auch ein Recht auf Weiterbildung. Im besten Fall wird dem nicht nur bei notwenigen Schulungen infolge veränderter Arbeitsbedingungen stattgegeben. In Zeiten des Fachkräftemangels, in denen immer wieder die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens beschworen wird, ist das Modell der Bildungsteilzeit quasi ein Muss: Arbeitnehmer\_innen können so neue Akzente in ihrem Bildungs- und Berufsverlauf setzen, Arbeitgeber\_innen profitieren von besser ausgebildeten und meist auch motivierteren Mitarbeiter\_innen.

Funktionieren kann dieser gesamtgesellschaftlich notwendige Kompromiss nur, wenn alle Beteiligten mitziehen. Allerdings wird neuen Regulierungsmodellen oft das Argument der Belastung für die Wirtschaft entgegengestellt. Doch die Wünsche der Bevölkerung sind keine Belastungen, sondern Wertpräferenzen, die sich angesichts der Digitalisierung aller Lebensbereiche, des demografischen Wandels und der Veränderung von Arbeitsbedingungen gebildet haben. Es sind demokratisch entstandene Forderungen an Zeitpolitik.

Ansprechpartnerin für Gender/Pflege im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>

Ansprechpartner für Gender/Pflege in der Abteilung Wirtschaftsund Sozialforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn: SEVERIN SCHMIDT <Severin.Schmidt@fes.de>



- 86 Keimzelle der Nation Teil 2: Wie sich in Europa Bewegungen und Parteien gegen Gender, Homosexuelle, das Recht auf Abtreibung und für konservative Familienwerte radikalisieren
- A caring and sustainable economy:

  a concept note from a feminist perspective
- Women and politics : trends from the 16th General Election
- 87 Maskulismus : Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass
- 88 Demokratie, Wohlstand und Gerechtigkeit für alle?: das weibliche Gesicht Lateinamerikas
- Austerity policy from a feminist perspective : the Spanish case
- **90** UK austerity policy a feminist perspective
- 90 Jugend und Politik: zur Sicht junger Menschen auf Politik und Gesellschaft in Benin
- **91** 24 Stunden verfügbar private Pflege in Deutschland

Keimzelle der Nation – Teil 2: Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisieren

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat der Soziologe Andreas Kemper bereits vor der Wahl zum Europäischen Parlament die programmatische Verschiebung der AfD von der Anti-Euro-Partei zur Anti-Gender-Partei beschrieben ("Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD"). Nun legt er mit der Studie "Keimzelle der Nation – Teil 2" die Fortsetzung vor. Andreas Kemper beschreibt die konservativen geschlechter- und familienpolitischen Netzwerke und Bewegungen in der Europäischen Union, die Kontroversen im EU-Parlament, die Aktivitäten der AfD auf EU-Ebene und ihre familien- und geschlechterpolitischen Entwürfe für Sachsen, Thüringen und Brandenburg.

#### 7um Weiterlesen:

• Kemper, Andreas 2014: Keimzelle der Nation – Teil 2: Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisieren, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft 2014, Vorbestellungen der Publikation und Auskünfte gibt Christina Schildmann <a href="mailto:christina.schildmann@fes.de">christina.schildmann@fes.de</a>

# A caring and sustainable economy: a concept note from a feminist perspective

Die auf der UN Konferenz für nachhaltige Entwicklung in Rio 2012 vorgeschlagene Idee einer grünen Wirtschaft (»economía verde«) wird von zahlreichen Akteuren der Zivilgesellschaft, unter ihnen auch feministische Organisationen, abgelehnt. Diese gehen davon aus, dass eine drastische Reduktion von Ressourcenabbau und CO2—Ausstoß, sowie ein Erhalt der Biodiversität durch diese Art des Wirtschaftens nicht erreicht werden kann. Die Kritikerinnen verweisen darauf, dass das Konzept vor allem geschlechtsspezifische Aspekte ausspart; da es sich hauptsächlich auf grüne Technologien und Marktmechanismen bezieht, während klassische Reproduktionsthemen wie unbezahlte oder unterbezahlte Hausarbeit und Pflege ("Care") unerwähnt bleiben.

Die vorliegende Analyse schlägt eine Brücke zwischen Debatten über "Care"-Arbeit und nachhaltigem Wirtschaften und formuliert eine Agenda

für den Wandel von Werten, Strukturen und Institutionen für eine geschlechtergerechte nachhaltige Wirtschaft innerhalb von Gesellschaften, und zwischen Staaten auf der internationalen Ebene.

#### Zum Weiterlesen:

• Schildberg, Cäcilie (Hrsg.) 2014: A caring and sustainable economy: a concept note from a feminist perspective, Friedrich-Ebert-Stiftung, Globale Politik und Entwicklung 2014, online: http://library.fes.de/pdf-files/iez/10809.pdf

#### Women and politics: trends from the 16th General Election

Obwohl sich die geschlechtsspezifische Wahlbeteiligung in Indien bei den 16. allgemeinen Wahlen 2014 nahezu angeglichen hat und somit mehr Frauen als je zuvor an die Wahlurne getreten sind, bleibt die Repräsentation von Frauen im Parlament auf gleich niedrigem Niveau bei etwa 11% wie vor den Wahlen.

Die Autorin untersucht in dieser Publikation historische Aspekte von Gender und Politik in Indien. Neben der Finanzierung des aktuellen Wahlprozesses geht sie dabei auch auf Gewalt als Drohmittel gegen Politikerinnen ein, untersucht Wahlprogramme von Parteien und Mediendiskurse vor den Wahlen

#### Zum Weiterlesen:

• Philipose, Pamela 2014: Women and politics: trends from the 16th General Election: Friedrich-Ebert-Stiftung Neu Delhi 2014, online: http://library.fes.de/pdf-files/bueros/indien/10904-20140905.pdf

#### Maskulismus: Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass

Während im Bereich der institutionalisierten Politik in Deutschland männerpolitische Funkstille herrscht, wird die Auseinandersetzung um dieses Gender-Thema in der Zivilgesellschaft umso lauter und emotionaler geführt.
Die politische Bandbreite ist erheblich: Männerpolitische Akteure und
Akteurinnen von progressiv über konservativ bis reaktionär ringen um
Deutungshoheit, einige von ihnen in produktivem Austausch mit Feminist\_innen, andere in offener bis hasserfüllter Konfrontation. Problematischer-

weise sind es gerade die dezidiert frauenfeindlichen Stimmen, die sich in dieser "Bewegung" voller Widersprüche und Konflikte besonders aggressiv Gehör verschaffen. Viele Akteure und Akteurinnen vertreten die Ansicht, die Geschlechterhierarchie habe sich längst ins Gegenteil verkehrt und es seien heute die Männer, die benachteiligt würden. Robert Claus begutachtet in seiner Studie die Analysen und Argumente der "Maskulisten und Maskulistinnen" und untersucht, ob es sich um eine soziale Bewegung handelt und in welchem Stadium sie sich gerade befindet. Welche Themen halten sie im Innersten zusammen, und sind diese anschlussfähig an den "Mainstream"? Gelingt es ihr, Massen zu mobilisieren und was ist ihr nicht unerhebliches Spaltpotenzial?

#### Zum Weiterlesen:

• Claus, Robert 2014: Maskulismus : Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, 2014, online: http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10861.pdf

# Demokratie, Wohlstand und Gerechtigkeit für alle?: das weibliche Gesicht Lateinamerikas

Obwohl Lateinamerika positive Trends in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen verzeichnet, haben fundamentale Geschlechterungerechtigkeiten weiterhin Bestand. Sie sind kein Resultat von politischen Systemen oder Armut, sondern tief in der patriarchalischen Gesellschaftsstruktur verwurzelt

Anja Dargatz untersucht in dieser Publikation das in vielen lateinamerikanischen Gesellschaften weiterhin traditionell geprägte gesellschaftliche Bild der Frau als Mutter und Hausfrau, an dem sich trotz rechtlicher Gleichstellung patriarchale Gesellschaftsstrukturen immer wieder ablesen lassen. Mit Blick auf gezielte Frauenmorde, auf das in größeren Teilen Lateinamerikas bestehende Abtreibungsverbot, sowie auf die doppelte Diskriminierung durch Rassismus und Machismo, welche die indigene bzw. afro-stämmiger Bevölkerung auch 200 Jahre nach der Unabhängigkeit fortlaufend erfährt, stellt die Autorin fest: Nachhaltige Politiken zur Geschlechtergerechtigkeit sind momentan keine Priorität der linken Regierungen Lateinamerikas. Deswegen schlägt die Autorin vor, sich an den neueren feministischen Ansätzen der lateinamerikanischen Frauenbewegungen zu orientieren, und mit diesen auf eine erneute Politisierung frauenrechtlicher Bewegungen und femi-

nistischen Denkens hinzuarbeiten.

#### Zum Weiterlesen:

• Dargatz, Anja 2014: Demokratie, Wohlstand und Gerechtigkeit für alle?: das weibliche Gesicht Lateinamerikas, Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Lateinamerika und Karibik, 2014, online: http://library.fes.de/pdf-files/iez/10841.pdf

#### Austerity policy from a feminist perspective: the Spanish case

Spaniens Ranking im Globalen Gender Gap Index fiel in diesem Jahr um 14 Plätze nach unten, von Platz 12 auf 26. Diese erschreckende Statistik zeigt auf, dass die von der spanischen Regierung verhängten Einsparungspolitiken nicht nur wirtschaftliche Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger des Landes haben, sondern auch sozial und vor allem geschlechtsspezifisch wirken.

Sonia Ruiz Garcia betrachtet in dieser Publikation, wie die konservative Regierung Budgeteinsparungen und drastische Reformen im Bereichen wie Arbeitsmarkt, Sozialstaat und der öffentlichen Verwaltung und Justiz vorgenommen hat. Sie zeigt dabei auf, wie diese Einschnitte weit über eine wirtschaftliche Anpassung an die Krise hinausgingen, und damit einen strukturellen Einschnitt in das über die letzten Jahrzehnte aufgebaute sozio-ökonomische Gesellschaftsmodell sowie die Geschlechterverhältnisse in Spanien markieren. Nicht nur Frauen- und Gender-Organisationen müssen seit 2012 mit einem Viertel weniger Budget auskommen, auch Einschnitte im Sozialstaat und andere Kürzungen verfolgen nach Analyse der Autorin das Ziel, Frauen zurück in die Sphäre des Haushalts zu drängen, damit ihre Beschäftigungsquote auf dem Arbeitsmarkt zu reduzieren, und dadurch insgesamt mehr Arbeitsplätze für Männer verfügbar zu machen.

#### Zum Weiterlesen:

 Ruiz Garcia, Sonia 2014: Austerity policy from a feminist perspective: the Spanish case, Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Westeuropa/Nordamerika, 2014, online: http://library.fes.de/pdf-files/id/10701.pdf

#### UK austerity policy – a feminist perspective

Die liberal-konservative Regierungskoalition in Großbritannien hat es mit ihrer Wirtschaftspolitik nach Analyse der Autorin Claire Annesley innerhalb kürzester Zeit geschafft, die Situation von Frauen in Bezug auf Einkommen, Jobsicherheit und öffentliche Dienstleistungen massiv zu verschlechtern. Dabei ist ein großer Teil des Fortschritts, den die vorhergehenden Labour-Regierungen in Genderfragen errungen hatten, seit 2010 in ihr Gegenteil verkehrt worden.

Die Gesamtperspektive zeigt, dass die Regierung Sozialausgaben kürze, und gleichzeitig bereit sei, auf Steuereinnahmen zu verzichten, die anderen – wahlstrategisch wichtigen Gruppen – eventuell wehtun könnten. Diese Tatsache hat deutliche genderspezifische Auswirkungen, da die Erwerbschancen von Frauen deutlich stärker mit dem Vorhandensein öffentlicher Dienstleitungen zusammenhängen als die von Männern. Annesley zeigt dabei auch auf, wie diese Maßnahmen von einer ideologischen Rückkehr zum männlichen Alleinverdienermodell geprägt ist, was sich unter anderem im Jahr 2013 in der Wiedereinführung eines transferierbaren Steuervorteils für verheiratete Ehepaare spiegelt.

#### Zum Weiterlesen:

 Annesley, Claire 2014: UK austerity policy - a feminist perspective, / Claire Annesley. - , Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Westeuropa/Nordamerika, 2014, online: http://library.fes.de/pdf-files/id/10526.pdf

#### Jugend und Politik: zur Sicht junger Menschen auf Politik und Gesellschaft in Benin

Welche Themen beschäftigen junge Beniner\_innen? Wie sieht ihr Alltag aus? In welchen Gruppen und Vereinen engagieren sie sich? Was denken sie über die politischen Institutionen ihres Landes? Um einen Einblick in diese und weitere Fragen zu bekommen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Cotonou das Forschungsinstitut Institut de Recherche Empirique en Economie Politique (IREEP) mit einer umfangreichen Studie beauftragt. Zwischen dem 3. und 15. Januar 2012 beantworteten 1200 junge Menschen im Alter von 15 bis 35 Jahren im ganzen Land Fragen zu ihren Lebensbedingungen, ihrem

Alltag und politischen Themen. Dieses Exposé präsentiert die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage. Durch die große Stichprobe, die auf der Grundlage einer Zufallsauswahl die proportionale Bevölkerungszahl der zwölf Departements berücksichtigt sowie Frauen und Männer zu gleichen Teilen enthält, können die Ergebnisse der Studie als repräsentativ betrachtet werden.

#### Zum Weiterlesen:

• Uhlmannsiek, Janine 2014: Jugend und Politik: zur Sicht junger Menschen auf Politik und Gesellschaft in Benin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Cotonou 2014, online: http://library.fes.de/pdf-files/bueros/benin/10885.pdf

#### 24 Stunden verfügbar – private Pflege in Deutschland

In Haushalten pflegebedürftiger älterer Menschen arbeiten zunehmend Haushaltshilfen aus dem Ausland. Sie übernehmen Aufgaben der Versorgung und Betreuung, die einen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen. Die Stabilisierung der häuslichen Pflegesituation geschieht häufig auf der Basis irregulärer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Diese Situationen sind durch ein doppeltes Dilemma gekennzeichnet: Die Notlagen von Familien mit einem unbeantworteten Hilfebedarf treffen hier auf die Notlagen von Frauen aus Osteuropa, die eine Arbeit suchen, mit der sie ihre ökonomischen Bedingungen verbessern können. Kritik und Problematisierungen an der grundsätzlichen Situation sind wenig hilfreich und greifen oftmals zu kurz. Beide Seiten dieses Versorgungssettings bedürfen der konkreten Unterstützung.

#### Zum Weiterlesen:

• Malsburg, Andrea von der; Isfort, Michael 2014: Haushaltsnahe Dienstleistungen durch Migrantinnen in Familien mit Pflegebedürftigkeit: 24 Stunden verfügbar - private Pflege in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Wirtschafts- und Sozialpolitik 2014, online: http://library.fes.de/pdffiles/wiso/10811.pdf

# WIR MACHEN GENDER!

- 95 Das Referat Asien und Pazifik der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 99 Genderbezogene Promotionsprojekte mit Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung



Feierlichkeiten zum 8. März 2014, dem Internationalen Frauentag, in Manila, Philippinen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist in Asien mit insgesamt 15 Büros vertreten – Foto: Reuters

# Wer "macht" eigentlich Gender in der Friedrich-Ebert-Stiftung?

#### Das Referat Asien und Pazifik

Wir machen Gender – eine neue Genderstrategie für die Arbeit in Asien

96 WIR MACHEN GENDER! Das Referat Asien und Pazifik 97

Die Diskriminierung von Frauen und Mädchen in Asien hat in den letzten Jahren weltweit wieder mehr Aufmerksamkeit erhalten. Auslöser dafür waren in erster Linie die schockierenden Nachrichten über Vergewaltigungsfälle in Indien sowie der unerschrockene Kampf der 15-jährigen Malala Yousafzai aus Pakistan, die sich für bessere Bildungschancen für Mädchen einsetzt. Die Geschehnisse haben schmerzhaft in Erinnerung gerufen, dass Asien immer noch eine der Regionen weltweit ist, welche die größten Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern aufweist. Die von den Medien aufgegriffenen Fälle stehen stellvertretend für die prekären und oft von Gewalt geprägten Lebensumstände von Millionen von Frauen in der Region. Sie stehen aber auch für viele mutige Aktivist\_innen, die sich – teils unter Lebensgefahr – für eine Verbesserung ihrer Lage einsetzen. Dabei geht es vor allem um die Verwirklichung politischer und wirtschaftlicher Rechte von Frauen, aber auch um den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung.

Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit ist seit vielen Jahren fester Bestandteil der Projektarbeit der Friederich-Ebert-Stiftung (FES) in Asien. Das gilt für die Arbeit in den einzelnen Ländern wie auch auf regionaler Ebene. Die Themen und Ansätze sind vielfältig. Sie werden in enger Kooperation mit unseren Partner\_innen in den einzelnen Ländern entwickelt und umgesetzt: Wir diskutieren die Einführung von Frauenquoten in traditionell männlich dominierten Gewerkschaften; wir stellen Gender Responsive Budgeting als Instrument für geschlechtergerechte Haushaltsplanung vor; wir befassen uns mit den Genderaspekten sozialer Medien sowie mit feministischer Ökonomie und der Entlohnung von "Care"-Leistungen; wir analysieren Arbeitsmigration mit einem intersektionellen Ansatz.

Die FES hat die neu entfachte Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit in Asien nun zum Anlass genommen, um die Genderarbeit in dieser Region künftig noch kohärenter zu planen und umzusetzen. Die neue Genderstrategie "Breaking New Grounds for Gender Equality and Political Feminism in Asia" wurde in einem halbjährigen partizipativen Prozess diskutiert und verabschiedet. Die zukünftige Genderarbeit in der Region soll noch politischer, fokussierter und innovativer sein und setzt auf folgende Schwerpunkte: politische Partizipation und gute Arbeit für alle Menschen, eine geschlechtergerechte Wirtschaft sowie die Stärkung der Frauenbewegung in Asien. Die Doppelstrategie von Gender Mainstreaming und sogenannten Gender-Specific Actions wird weiterhin angewendet, soll aber inklusiver gestaltet werden, indem der Ansatz beispielsweise über die rein binäre

Unterscheidung Mann–Frau hinausgeht. Zukünftig sollen in der Projektarbeit auch die Diskriminierungen aufgrund von Geschlechteridentität oder sexueller Orientierung in den Blick genommen und ein intersektioneller Ansatz verstärkt angewandt werden.

In einem jährlichen Treffen von Genderkoordinator\_innen der FES-Büros in Asien bewerten wir aktuelle Entwicklungen in der Region, tauschen uns über die nationalen Arbeitsansätze aus und schaffen Synergien, um die Wirksamkeit unserer Arbeit zu erhöhen. Im Dezember 2014 wird das nächste Treffen stattfinden, um die neue Strategie weiter mit konkreten Projektideen zu füllen.

Ansprechpartner für Gender im Referat Asien und Pazifik in Berlin: MARTIN ALBERS (Martin.Albers@fes.de)

Ansprechpartnerin für Gender im Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Singapur: JULIA MÜLLER, Büroleiterin (Julia.Mueller@fes.de)

# Genderbezogene Promotionsprojekte mit Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert eine Reihe genderbezogener Promotionen in unterschiedlichen Fachrichtungen. Nähere Informationen zu den einzelnen Projekten können bei Dr. Ursula Bitzegeio (Ursula.Bitzegeio@fes.de) erfragt werden.

#### **Genderbezogene Promotionsprojekte**

Frauenleadership als Faktor von Gendergerechtigkeit in Kirgistan.

Doktorandin: Nazira Alymbaeva

Figurationen des "Fetischen". Zur Ästhetik projektiver Beziehungen in der Litaeratur

Doktorand: Matthias Bock

Gewalt oder Demokratie: Eine Studie zum politischen Islam

Doktorandin: Tachafine Chaara

Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung – eine vergleichende Analyse der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.

Doktorandin: Jasmina Crčić

Die Rolle der Frau im Spiegel der Gräber der älteren Bronzezeit in Südskaninavien

Doktorandin: Gesche Friesicke

Glocal Bodies: Dancers in exile and politics of place

Doktorandin: Elaheh Hatami

Schulabbrecher/innen in Berlin. Doktorandin: Sarah Ninette Kaliga

Aktuelle Perspektiven auf weibliche Sexualität

Doktorandin: Verena Klein

Amores imposibles - die Homoerotik Federico Garcia Lorcas in seiner Lyrik

Doktorandin: Jania Kudaibergen

Unity in Diversity? Fremdbilder, Konfliktpotenzial und religiöse Identitäten in städtischen Diversitätskonzepten. Doktorandin: Alexa Kühnen

Hauskrankenpflege in der Ukraine - eine Pflicht der solidarischen Gesellschaft? Der Beitrag von Caritas International in der Entwicklung einer Hauskrankenpflege in der Ukraine.

Doktorandin: Halyna Levkiv

Geschlechterentwürfe im Werk Lou Andreas-Salomes

Doktorandin: Valerie Maria Lukassen

**Intimate Partner Violence in Modern Russia** 

Doktorandin: Ksenia Meshkova

Der Kampf um die Vulva hat begonnen: Intimchirurgie als biopolitische Technologie des Selbst zwischen Zwang und Selbstermächtigung.

Doktorandin: Anna-Katharina Meßmer

Die "gute" Familie in Ost- und Westdeutschland?! Eine gualitative Untersuchung von Familienbildern ost- und westdeutsch sozialisierter pädagogischer Fachkraäfte in Kindertageseinrichtungen

Doktorandin: Margaret Pardo-Puhlmann

Bildungschancen von Frauen in Tansania und der Einfluss von Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel der Hochschulbildung

Doktorandin: Christine Piehl

Das Recht auf angemessene Vorkehrungen im Gleichbehandlungsrecht aus arbeitsrechtlicher Perspektive

Doktorandin: Cathleen Rabe-Rosendahl

Elicitation of risk preferences of rural households in Thailand

Doktorandin: Sarah Sakha

Die Frauenrechtssituation in Ägypten 30 Jahre nach Inkrafttreten der CEDAW. Bestandsaufnahme und Ausblick

Doktorandin: Nora Salem

Frauen in Führungspositionen und Emotionsregulierung. Handlungsnormen, Deutungsmuster und Affektkontrolle in Organisationen

Doktorandin: Elgen Sauerborn

Vom Spät- zum Postsozialismus: Eine historische Analyse von Paarbeziehungen in der späten DDR und in Ostdeutschland

Doktorandin: Eva Schäffler

Alt, arm, anders . Biographien, Lebenswelten und Pflegebedürfnisse älterer schwuler Männer

Doktorandin: Lea Johanna Schütze

Diversität der islamischen feministischen Diskurse bei den feministischen zeitgenössischen Denkerinnen Fatima Mernissi und Saba Mahmood

Doktorandin: Lana Sirri

Interview mit Eva Schäffler, Stipendiatin der FES zu ihrem Promotionsprojekt "Vom Spät- zum Postsozialismus: Eine historische Analyse von Paarbeziehungen in der späten DDR und Ostdeutschland"

FES: Können Sie unseren Leser\_innen in ein paar Sätzen vermitteln, womit Sie sich in Ihrer Promotion genau beschäftigen?

**Eva Schäffler:** In meiner Dissertation beschäftige ich mit heterosexuellen Paarbeziehungen. Ich analysiere, wie diese Beziehungen in den 1970er und 1980er Jahren in der DDR und in den 1990er Jahren in Ostdeutschland "funktionierten". Mich interessiert beispielsweise, wie sich die Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern in diesem private Rahmen entwickelt haben

Eine weitere zentrale Fragestellung ist, welche staatlichen Idealvorstellungen es für den Bereich der Paarbeziehungen gab. Ich analysiere, wie diese Idealvorstellungen in politische Maßnahmen umgesetzt wurden und inwieweit es durch diese Maßnahmen gelang, das alltägliche Leben in Paarbeziehungen zu beeinflussen.

Letztendlich möchte ich aufzeigen, dass sich die Paarbeziehungen im Laufe der drei Jahrzehnte einerseits verändert haben und andererseits auch gleich geblieben sind. Ein wichtiger Knotenpunkt in dieser Entwicklung war natürlich die deutsche Wiedervereinigung. Durch sie veränderten sich die rechtlichen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Leben in Paarbeziehungen und auch "westliche" Wertvorstellungen und Lebensmodellen gewannen an Relevanz. Gleichzeitig wirkten aber noch Prägungen aus dem Sozialismus weiter. So entstand ein spezifischer Entwicklungsweg der ostdeutschen Paarbeziehungen, dessen Auswirkungen sich bis in die heutige Zeit nachverfolgen lassen.

FES: In wie fern spielt Gender eine Rolle bei der Bearbeitung Ihres Promotionsthemas?

Eva Schäffler: Für mich sind Paarbeziehungen ganz klar ein Unterbereich und ein Abbild der gesamtgesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse. Ich finde es wichtig, Machthierarchien zwischen den Geschlechtern nicht nur im öffentlichen Kontext – also z.B. in politischen Entscheidungsgremien oder auf dem Arbeitsmarkt – sondern auch im privaten Kontext zu analysieren. Oft ist es ja so, dass im öffentlichen Kontext schon in vielerlei Hinsicht Gleichstellung herrscht, im privaten Kontext aber noch die "alten" Ungleichheitsverhältnisse herrschen. Dieser Befund trifft beispielsweise größtenteils auf die DDR zu – was von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) aber nur sehr zögerlich "zugegeben" bzw. problematisiert wurde.

Auch für eine geschlechtergeschichtliche Perspektive auf die Wiedervereinigung lohnt es sich, nicht nur ihre Auswirkungen auf die "öffentlichen", sondern auch ihre Auswirkungen auf die "privaten" Geschlechterverhältnisse zu analysieren. Rein faktisch gingen durch die Wiedervereinigung emanzipatorische Errungenschaften verloren, so z.B. das liberale Schwangerschaftsabbruchsrecht oder die flächendeckende weibliche Berufstätigkeit. Das hat aber nur bedingt zu einer Destabilisierung der Geschlechterverhältnisse auf privater Ebene geführt. Gerade im Privaten haben die ostdeutschen Frauen ihr spezifisches Selbstbewusstsein (oder zumindest Teile davon) beibehalten.

Interessant ist auch, dass das Thema Paarbeziehungen/Sexualität einen wichtigen Stellenwert im Diskurs um die deutsche Wiedervereinigung hatte. Ein spezifisch ostdeutscher Weg in diesem Bereich wurde sowohl von ostdeutscher als auch von westdeutscher Seite postuliert. Es ging dabei aber weniger um Tatsachen, als um einen Versuch, sich entweder vom jeweils "anderen" Deutschland abzugrenzen oder um Ähnlichkeiten mit diesem "anderen" Deutschland aufzuzeigen.

FES: Welche Erkenntnisse aus Ihrer Arbeit haben auch Bedeutung für das Hier und Heute

**Eva Schäffler:** Das Thema Kinderbetreuung ist in Deutschland, insbesondere wenn es um die Unter-Dreijährigen geht, ebenso aktuell wie kontrovers. Meine Recherchen haben gezeigt, dass der Rückbau des DDR-Kinderbetreuungssystems in den 1990er Jahren – der natürlich auch Auswirkungen auf das Zusammenleben in den Familien und in den Paarbeziehungen hatte - vielen Faktoren geschuldet war.

Einerseits spielten natürlich Abwanderungsbewegungen und kommunale Finanznöte eine Rolle. Andererseits war aber auch auf gesamtdeutscher

#### 104 WIR MACHEN GENDER!

Ebene kein ausreichender politischer Wille vorhanden, um die Versorgung mit Betreuungsplätzen im Osten aufrecht zu erhalten (aus quantitativer Perspektive) und zu reformieren (aus qualitativer Perspektive). Auch die Idee, das westdeutsche an das ostdeutsche Betreuungsniveau rein zahlenmäßig anzupassen konnte sich nicht durchsetzen.

Heute, ein Vierteljahrhundert später, wird eine flächendeckende Kinderbetreuung für alle Altersgruppen angestrebt. So lautet zumindest die offizielle Rhetorik. Erreicht wurde dieses Ziel aber noch nicht. Der Grund dafür? Meiner Meinung ist es wieder eine Frage des politischen Willens: Dieser ist insgesamt nicht ausreichend bzw. in manchen politischen Lagern nur sehr bedingt vorhanden.

Ähnlich sieht es in der Gesellschaft aus. Auch hier ist die Kinderbetreuung ein umstrittenes Thema – jedoch deutlicher weniger in den neuen als in den alten Bundesländern. Der Grundstein für diese kinderbetreuungsfreundlichere ostdeutsche Position wurde in der DDR gelegt. Man darf aber nicht vergessen, dass sich die damals geprägte Einstellungen in den vergangenen 25 Jahren weiterentwickelt haben. Das trifft nicht nur auf die Einstellungen zur Kinderbetreuung zu, sondern auch allgemeiner auf die Einstellungen zur Gleichberechtigung oder auch – das zeigt meine Arbeit – auf die Wert- und Verhaltensmuster in den ostdeutschen Paarbeziehungen.

EVA SCHÄFFLER <Eva.Schaeffler@stud.sbg.ac.at> ist Promotionsstipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung und schreibt ihre Doktorarbeit am Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg.





#### FOKUS:

"Das wär ja nix für mich" – Wenn Frauen kandidieren

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei "die tageszeitung" (taz)

Armut, Kinder, Arbeitskampf – Der Weg einer Gewerkschafterin in die Politik

Autorin: Anja Dargatz, Leiterin des Büros der Friedrich Ebert Stiftung in Bolivien Quotierte Wahllisten und ihre Folgen

Quotier te vvariiisteri unu ille roigeri

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei "die tageszeitung" (taz)

Die Europawahl, Chance für Frauen?

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei "die tageszeitung" (taz)

"Solange Politik auf dem Herrenklo gemacht wird, sind Frauen eben außen vor"

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei "die tageszeitung" (taz)

#### RÜCKBLICK:

Zurück in die Vergangenheit?

Autorin: Susan Javad; Mitarbeit von Eszter Kováts und Christina Schildmann

Ein anderer Blick auf Wirtschaft, Arbeit und Soziales

Autorin: Susan Javad, Mitarbeit von Christina Schildmann, Julia Müller, Valeska

Hesse, Dr. Cäcilie Schildberg

Wie können Konventionen und Gesetze helfen, Gewalt an Frauen

einzudämmen?

Autorin: Susan Javad, Mitarbeit von Britta Utz

Medien und Gender in Asien

Autorin: Sabine Franze, Mitarbeit von Henning Effner

Potenzial Vielfalt oder hinderliches Defizit?

Autorin: Eva Ellereit, Mitarbeit von Susan Javad und Christina Schildmann

Ein neues "Normal"

Autorin: Eva Ellereit, Mitarbeit von Susan Javad und Christina Schildmann

Gesamtkoordination und -redaktion des Gender-Infobriefs: Susan Javad • Forum

Politik und Gesellschaft • Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Organisatorische Betreuung des Gender-Infobriefs: Stephanie Tröder, Sabine Kröll und

Birte Gerstenkorn • Forum Politik und Gesellschaft • Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Lektorat: Heike Herrberg

Grafische Gestaltung: Andrea Schmidt • Typographie/im/Kontext, Dominik Ziller • DZGN

**Programmierung:** Alexander von Falkenhausen • www.avf-works.com

Verantwortlich: Bettina Luise Rürup • Leiterin des Referats Forum Politik und

Gesellschaft • Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft

Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen

Umweltengel.

ISBN: 978-3-86498-887-5